

# menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



Petition für ein UN-Kriegsverbrechertribunal über die Verbrechen des „Islamischen Staates“ (IS)



Die IGFM hilft Opfern des „Islamischen Staates“ (IS) vor Ort

Die Bilder aus der überwiegend von Kurden bewohnten, zerstörten Stadt Cizre im Südosten der Türkei erinnern eher an Kriegsschauplätze in Syrien oder im Irak. Weite Teile der Stadt wurden vom türkischen Militär zwischen Dezember 2015 und April 2016 zerstört. 100.000 der ehemals 120.000 Einwohner mussten fliehen.

In der Türkei hat die islamistische AKP-Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdogan ab dem 16. Juli 2016 tausende Andersdenkende verhaftet und Zehntausende aus dem Staatsdienst entlassen. Eine unabhängige Medienlandschaft und Justiz existieren de facto nicht mehr. Die Verbrechen, die Regierung und Militär an den Kurden begangen haben und noch immer begehen, drohen dabei übersehen zu werden.





★ Über 700.000 Menschen in der Europäischen Union sind Opfer von Menschenhandel. Dabei ist die Opferzahl in den vergangenen drei Jahren um 18 Prozent gestiegen – die Zahl der verurteilten Täter hingegen hat abgenommen. ★★ Obwohl Homosexualität in der gesamten Europäischen Union legal ist und Job-Diskriminierung wegen Homosexualität seit dem Jahr 2000 verboten ist, leidet noch heute jeder zweite Homosexuelle in Europa unter Diskriminierung. ★★★ In Europa leben über 80 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze und 24 Prozent der Bevölkerung leben in ständiger Gefahr, unter diese Grenze zu fallen – dazu gehören 27 Prozent aller europäischen Kinder. ★★★★★ Das spanische Gesetz erlaubt, dass Terror-Verdächtige bis zu dreizehn Tage ohne Anklage in geheimen Verstecken verhört werden können. ★★★★★ Auch heute noch – über 65 Jahre nach dem Untergang des Dritten Reichs – gibt es über 22.000 Rechtsradikale in Deutschland und es finden hunderte von Neo-Nazi Konzerten in der EU statt. ★★★★★ Innerhalb Europas haben Muslime täglich mit Diskriminierung zu kämpfen: dazu gehört in Besonderen die Benachteiligung muslimischer Frauen bei der Jobsuche und die Ausgrenzung muslimischer Mädchen aus dem Schulunterricht. ★★★★★ In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. In ganz Europa werden Schätzungen zufolge überdies 5 bis 20 Prozent aller Frauen Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. ★★★★★ Zwischen Italien und Libyen bestehen bis heute noch Verträge, die garantieren, dass keine politischen Flüchtlinge in die Europäische Union einwandern können: So werden regelmäßig teilweise stark unterzählte Bootsflüchtlinge nach Libyen zurückgeschickt, wo ihnen schwere Misshandlungen und Folter drohen. ★★★★★ Trotz aller Versuche, das Common European Asylum System Ende 2012 durchzusetzen, haben viele Einwanderer noch heute enorme Schwierigkeiten Asyl zu erhalten und selbst Missionsländer ohne Begleitung enden teilweise in schlecht ausgestatteten Unterbringungen. ★★★★★ In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der von europäischen Gerichten verurteilten Menschenrechtsverletzungen – von Freiheitsberaubung bis zu Menschenhandel – mehr als verdoppelt. ★★★★★ Unzureichende finanzielle Unterstützung steht in vielen Europäischen Ländern auf der Tagesordnung: So gaben in einer repräsentativen Befragung beispielsweise 96 Prozent aller Slowenischen Manager an, dass Korruption eine normale Geschäftspraktik für sie darstellt. ★★★★★ In Italien leben noch heute über zwei Millionen Kinder unterhalb der Armutsgrenze.



Schau genauer hin

## Liebe Leserinnen und Leser,

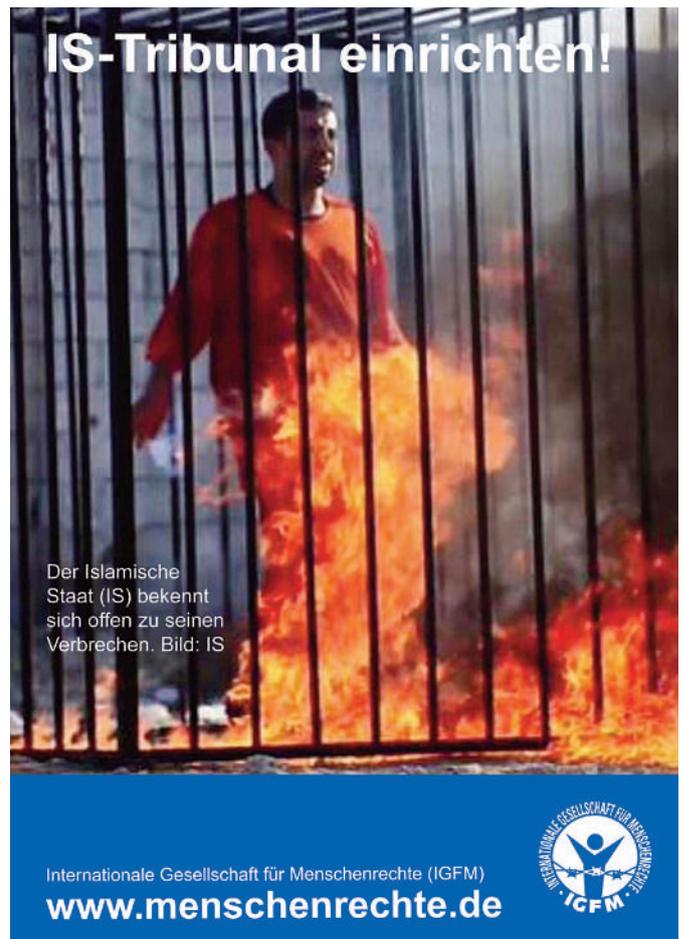
Am 3. August jährte sich zum zweiten Mal das bisher wohl größte und grausamste Verbrechen des „Islamischen Staates“ (IS). Es war der Beginn des Genozids an der Volksgruppe und Religionsgemeinschaft der irakischen Jesiden. Der IS hatte damals nach raschen Gebietsgewinnen zehntausende Jesiden gefangen genommen, eine große Zahl von gefangenen Männern erschossen sowie Mädchen und Frauen versklavt.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und das Menschenrechtszentrum Cottbus nehmen den traurigen Jahrestag zum Anlass für den offiziellen Start ihres Appells an die Vereinten Nationen, ein internationales Tribunal zu errichten, das die IS-Verantwortlichen juristisch zur Rechenschaft zieht. Nur die Herrschaft des Rechts kann auf dem Gebiet, das aktuell vom IS unterworfen ist oder umkämpft wird, den Weg zur Verständigung ermöglichen.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag kann die Verantwortlichen nur in den Ländern bestrafen, deren Regierungen dem Abkommen beigetreten sind – das ist bei Syrien und dem Irak nicht der Fall. Darum ist ein Gerichtshof nach dem Vorbild des Tribunals zu Ruanda notwendig, dass nur der UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UN-Charta beschließen kann. Vorläufer in der Rechtsgeschichte für den Internationalen Strafgerichtshof, das Ruanda Tribunal und das Tribunal zum Jugoslawien-Krieg war der Internationale Militärgerichtshof, vor dem der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher verhandelt wurde. Es war eine weise Entscheidung, die Verbrecher nicht einfach vor Standgerichte zu stellen.

Es besteht eine realistische Chance, dass ein solches Tribunal tatsächlich zustande kommen könnte. Sowohl der Internationale Strafgerichtshof als auch das Ruanda-Tribunal sind auf Druck durch der Zivilgesellschaft entstanden. Die Zeit für ein IS-Tribunal ist jetzt gekommen!

Die Verbrecher des IS bekenneten sich offen zu Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen an sogenannten „Ungläubigen“. Viele der Täter sind namentlich im Internet und durch die Berichte



**IS-Tribunal einrichten!**

Der Islamische Staat (IS) bekennt sich offen zu seinen Verbrechen. Bild: IS

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)  
[www.menschenrechte.de](http://www.menschenrechte.de)

von Überlebenden bekannt. Die Verwirklichung eines „IS-Tribunals“ hilft den Opfern ihre Angst zu überwinden, ihr Schweigen zu brechen und über ihr Schicksal zu berichten. Ein solches Tribunal ist aber auch ein wichtiges Mittel der Dokumentation und Aufarbeitung der Verbrechen. Die Auseinandersetzung damit ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass in der Region ein Neuanfang tatsächlich gelingen kann.

Falls sich die Vereinten Nationen dazu entschließen sollten, das Mandat eines Tribunals auf das gesamte syrisch-irakische Bürgerkriegsgebiet auszuweiten, wäre dies sehr zu begrüßen. Doch die Wahrscheinlichkeit, dass überhaupt ein Tribunal eingerichtet wird, ist deutlich höher, wenn der Fokus zunächst auf den ‚Islamischen Staat‘ gerichtet ist.

Bitte unterstützen Sie die Petition der IGFM:  
[www.menschenrechte.de/is-tribunal](http://www.menschenrechte.de/is-tribunal)



## Inhalt ▶



**Armenische Opfer eines Massakers 1915.**



**Zerstörte Altstadt in der kurdisch-  
anatolischen Metropole Diyarbakir.**



**Narges Mohammadi protestiert für  
Menschenrechte im Iran.**

## aktuell ▶

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALT – IMPRESSUM

### 5 CHINA

*Gedenken an Harry Wu*

### 7 KUBA

*Gewalt und fingierte Anklagen gegen  
„Damen in Weiß“*

### 9 NORDKOREA / POLEN

*Ausbeutung von Sklavenarbeitern*

### 10 MENSCHENRECHTSDOKUMENT

*Prof. Thomas Schirrmacher über den  
Völkermord an den Armeniern*

## aktuell ▶

### 12 TÜRKEI

*Terror gegen Zivilisten im  
türkischen Kurdistan*

### 15 IRAK

*Jesidische Frauen vom Islamischen  
Staat als Hexen ermordet*

### 16 Die IGFM hilft vor Ort

### 19 Eine ehemalige IS-Sklavin berichtet

### 20 AUSZEICHNUNG

*Weimar ehrt iranische  
Menschenrechtsverteidigerin*

## IGFM ▶

### 23 MOLDAU

*Ein „gekapertes“ Land – Korruption  
und Unvermögen erschüttern den Staat*

### 26 INTERNATIONALER RAT

*Neues Präsidium nimmt Arbeit auf*

### 27 DELEGATION IN LETTLAND

*Sorge vor dem Nachbarn Putin*

### 29 VILLINGEN-SCHWENNINGEN

*Den Fängen des IS entronnen*

### 30 MEDIASCH

*Selbsthilfverein für Diabetes- und  
Krebskranke*

### 34 BÜCHER:

*Alltag bei der DDR-Staatssicherheit*

## Impressum

**Herausgeber und Verlag:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstands.

Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.

Tel: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de

Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Sektion Österreich: Hackhofergasse, 1 A 1190 Wien office@igfm.at Tel: 0043-6991 943 9920

Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau. Tel: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, eMail: schlegel.cats@bluewin.ch

Kto.-Nr 0558-675564-01, Credit Suisse.

**Redaktion:** Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg.

**Layout:** Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

**Mitarbeit an dieser Ausgabe:** Sabine Fanta, Karl Hafen, Daniel Holler, Edgar Lamm, Amon Polierer, Dr. Carmen Krusch-Grün, Maya Robinson, Prof. Dr. mult. Thomas Schirrmacher.

**Anzeigen:** Anne Schäfer.

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich

Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 sFr und 30 sFr für ein Jahresabonnement.

**Druck:** johnen-druck GmbH&Co. KG, Bernkastel-Kues.

**Titelfoto:** dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfasseramen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

## Nachruf:

# Der Menschenrechtsverteidiger Harry Wu

*Unser Freund, Mitkämpfer und Mitglied unseres Kuratoriums Harry Wu ist am 26. April auf einer Urlaubsreise mit Freunden in Honduras verstorben.*

*Harry Wu und seine Familie hatten unter der Herrschaft Mao Zedongs und der Roten Garden ein brutales Schicksal zu erdulden. Harrys Vater war Bank-Direktor, gehörte zur Bourgeoisie; er verlor Stellung und Vermögen und starb nach mehreren Jahren im Gefängnis. Harrys jüngerer Bruder wurde von den Roten Garden erschlagen. Die Mutter beging Selbstmord.*

*Harry Wu studierte 1956 zur Zeit des Ungarn-Aufstandes in Peking Geologie. An den chinesischen Universitäten entstand erhebliche Unruhe ob der brutalen Niederschlagung des Aufstandes durch die Sowjetunion. Auf Veranstaltungen versuchte die Partei dem zu begegnen.*

*Jeder Student und jeder Dozent musste Stellungnahmen abgeben. Harry Wu befand das Vorgehen der Partei gegen das ungarische Volk als nicht verträglich mit den Zielen der kommunistischen Partei. Von da an galt Harry Wu als Rechtsabweichler und wurde schließlich 1960 im Alter von 23 Jahren ohne jede Anhörung und ohne jedes Gerichtsverfahren in einem LAOGAI-Zwangsarbeits-Lager inhaftiert. Erst im Lager erfuhr er „Lebenslänglich“.*

*19 lange Jahre wurde er in verschiedenen Lagern gequält, gefoltert, erniedrigt. Dieses LAOGAI-Zwangsarbeits-Lager-System existiert, jetzt unter mehreren anderen Namen, bis heute. Für die Kommunistische Partei ist es das wirksamste – weil grausamste – Werkzeug zur Machterhaltung. 12-14*



**Einer der international bekanntesten Menschenrechtler aus China, IGM-Kuratoriumsmitglied Harry Wu, ist am 26. April 2016 verstorben.**

*Stunden tägliche Arbeit plus 2 Stunden Polit-Unterricht, keinerlei medizinische Betreuung oder Kontakt mit der Außenwelt, hohe Strafen, Einzelhaft, Wasserentzug, Prügel, Folter, Kameraden-Schinderei. Harry Wu hat mit ansehen müssen, wie sich Mit-Häftlinge in den Kohlschacht oder vom Baugerüst stürzten.*

*Während einer politischen Tauwetter-Periode wurde Harry Wu 1979 formlos entlassen und an seinen alten Arbeitsplatz an der Universität Peking zurückversetzt. 1985 ging er in die USA und bekam die amerikanische Staatsbürgerschaft. Seitdem prangerte Harry Wu das LAOGAI-System in aller Welt an. 1995 reiste er inkognito in die Volksrepublik China, wurde erkannt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach Demarchen vieler demokratischer Staaten, an denen*

**Genauso wie die russischen Gulags längst zum Inbegriff für ... systematische Menschenverachtung geworden sind, sollte auch das chinesische Wort Laogai in jedes Wörterbuch aufgenommen werden.** Harry Wu

*sich die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligte, wurde Harry Wu freigelassen.*

*Auf einer weiteren Reise deckte Harry Wu das damals wie heute in der Volksrepublik China illegale Geschäft mit Organtransplantationen auf, schlimmer noch, er bewies, dass in der Volksrepublik China serienweise Häftlinge getötet wurden, um deren Organe transplantieren zu können, in einigen Fällen sogar Organentnahme vor der Hinrichtung.*

*Diese Aufklärungsarbeit hat Harry Wu bis zuletzt fortgesetzt. Noch am 18. Februar 2016 informierte Harry Wu die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages über das Leiden der chinesischen Zwangsarbeiter und die aktuelle Menschenrechtslage in der Volksrepublik China.*

*Harry Wu war ein Held, ein Held der Menschenrechte. Wir, die IGM, sind seinem Vermächtnis verpflichtet.*

*Peter E. Müller  
i. A. des IGM-Vorstandes*

aktuell ▶

## Petition für ein UN-Kriegsverbrechertribunal über die Verbrechen des „Islamischen Staates“ (IS)

**Am 9. April 2016 hatte die IGFM-Mitgliederversammlung beschlossen, ein Tribunal der Vereinten Nationen über die Verbrechen des „Islamischen Staates“ (IS) zu fordern.**

Sowohl das Ad-hoc-Tribunal zu Jugoslawien als auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag sind auf Initiative und massiven Druck durch die Zivilgesellschaft entstanden. In beiden Fällen hat die IGFM in erheblichem Maße mitgearbeitet, u.a. durch umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Pressekonferenzen, Seminaren, Veröffentlichungen und durch Besuche sowie ausdauernde Überzeugungsarbeit bei Abgeordneten und Regierungsmitgliedern zahlreicher europäischer Staaten.

Die Initiative für das Tribunal über die Verbrechen des IS geht auf IGFM-Vorstandsmitglied Sylvia Wähling zurück. Sie ist gleichzeitig Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus und geschäftsführende Vorsitzende des

Menschenrechtszentrums Cottbus. Sylvia Wähling ist es zudem zu verdanken, dass seit dem 1. August 2016 die Petition auch online unterschrieben werden kann. (Siehe unten.)

Der „Islamische Staat“ bekennt sich offen zu Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen an „Ungläubigen“. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) kann die Verantwortlichen aber nur in den Ländern bestrafen, deren Regierungen dem Abkommen über den IStGH beigetreten sind – das ist bei Syrien und dem Irak nicht der Fall.

Darum muss ein Gerichtshof nach dem Vorbild des Ad-hoc-Tribunals zu Ruanda der Vereinten Nationen geschaffen werden. Dies kann nur der UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UN-Charta beschließen.

Bereits durch die Kampagne dafür werden weitere Opfer ihre Angst überwinden, ihr Schweigen brechen und sich melden. Viele der Täter sind namentlich

bekannt, z. B. durch eigene Posts im Internet und durch die Berichte von Überlebenden.

Die IGFM und das Menschenrechtszentrum Cottbus (MRZ) werden die Petitionen an die Vereinten Nationen in Genf übergeben. Zu diesem Akt werden uns Opfer des IS begleiten. Die gesammelten Adressdaten werden dabei ausschließlich dem Empfänger der Petition, hier den Vereinten Nationen, überreicht und ansonsten vertraulich behandelt und Dritten selbstverständlich nicht zugänglich gemacht.

Sie können die Petition nicht nur online unterschreiben und weiterleiten, sondern auch herunterladen, ausdrucken und weitergeben. Bitte unterstützen Sie diesen Appell durch Ihre Unterschrift und leiten Sie ihn weiter oder legen Sie ihn öffentlich aus. Flyer zum IS-Tribunal im A6-Format und die Petition zum Ausdrucken im A4-Format finden Sie auf der Homepage der IGFM, ebenfalls unter [www.menschenrechte.de/is-tribunal](http://www.menschenrechte.de/is-tribunal)

**Petition für ein UN-Kriegsverbrechertribunal über die Verbrechen des „Islamischen Staates“ (IS)**  
Lebendig verbrannt: Der Islamische Staat (IS) bekennt sich, wie in diesem Fall, offen zu seinen Verbrechen.

3

f Twitter G+ WhatsApp

Mitmachen

**Auch im Internet erreichbar- und weiterleitbar: Die Petition für die Errichtung eines Kriegsverbrechertribunals über die Verbrechen des „Islamischen Staates“. [www.menschenrechte.de/is-tribunal](http://www.menschenrechte.de/is-tribunal)**

# Gewalt und fingierte Anklagen gegen „Damen in Weiß“

**Die Gewalt und Repressionen gegen die Mitglieder der unabhängigen Bürgerrechtsorganisation „Damen in Weiß“ ufern aus. Besorgniserregend ist vor allem der Anstieg der Gewalt durch Polizei und Staatssicherheit gegen die Bürgerrechtlerinnen.**

Traditionell marschieren die „Damen in Weiß“ in mehreren Teilen Kubas nach der Sonntagsmesse schweigend und mit einer Gladiole in der Hand für die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Einhaltung der fundamentalen Menschenrechte. Das Castro-Regime reagierte auf diese gewaltlosen Proteste seit jeher mit Drohungen, Gewalt und kurzzeitigen Verhaftungen. Das Ausmaß der angewandten Gewalt ist aber in den vergangenen Monaten angestiegen, auch geht das Castro-Regime nun mit fingierten Anklagen gegen die Sprecherin der „Damen in Weiß“ Berta Soler sowie die Mitglieder der Bürgerrechtsorganisation Leticia Ramos Herreria, Marieta Martínez und Yaquelin Heredia vor.

Von 724 verhafteten Bürgerrechtler im Mai 2016 waren 466 „Damen in Weiß“. Berta Soler meldete der IGFM im Mai 2016 einen Anstieg der unverhältnismäßigen Gewalt gegen die Mitglieder der von ihr geleiteten Bürgerrechtsorganisation. Das Castro-Regime zeigt keinerlei Skrupel, friedliche Bürgerrechtlerinnen auf dem Weg zur Sonntagsmesse brutal zusammenzuschlagen, nur um einen anschließenden Protestmarsch zu verhindern. So wurde am 15. Mai die Sprecherin der „Damen in Weiß“ Berta Soler Fernández zusammen mit fünf weiteren „Damen in Weiß“ in Havanna brutal geschlagen und acht Stunden lang festgehalten. 37 weitere „Damen in Weiß“ wurden auf dem Weg zur Messe verhaftet, beschimpft und schließlich auf Polizeistationen abtransportiert, wo sie erneut von Polizisten gedemütigt und bedroht wurden. Erst in den Abend-



**Jeder friedliche Protest wird vom Regime mit Gewalt beantwortet.**

stunden durften die Bürgerrechtlerinnen die jeweiligen Polizeistationen wieder verlassen.

## Anklage gegen Berta Soler

Am 22. Mai 2016 wurde Berta Soler in Havanna festgenommen, als sie auf dem Weg zur Amtseinführung des neu gewählten Bischofs Juan de la Caridad

García Rodríguez in der Kathedrale von Havanna war. Berta Soler wurde auf offener Straße von Polizeibeamten festgenommen und auf die Polizeistation Alamar gebracht, wo sie acht Stunden lang festgehalten wurde, ohne Nahrung oder Wasser zu erhalten. Sie wurde von mehreren Aufsehern geschlagen, bedroht und beschimpft. Schließlich wurde die Bürgerrechtlerin



**Berta Soler empfängt die Urkunde über die Verleihung des Sacharow-Menschenrechtspreises an die „Damen in Weiß“ aus den Händen von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz.**



**Leticia Ramos Herrera, wurde in Cardenas (Provinz Matanzas) wegen „ordnungswidrigen Verhaltens“ angeklagt.**

darüber informiert, dass sie aufgrund ihres angeblichen Widerstands bei der Festnahme und der angeblichen Beleidigung eines Polizisten des „Widerstands“ angeklagt sei. Sollte sie schuldig gesprochen werden, drohen ihr drei Monate bis fünf Jahre Haft.

Frau Soler weigerte sich, die Anklageschrift zu unterzeichnen. Sie wies alle Vorwürfe entschieden zurück und gab an, dass von ihrer Festnahme Videoaufnahmen existierten, die ihre Unschuld beweisen. „Ich habe niemanden angegriffen“, so die Sprecherin der Bürgerrechtsorganisation. Ein offizieller Termin für die Verhandlung wurde nicht festgelegt, Berta Soler darf aber bis auf Weiteres das Land nicht verlassen.

Eine weitere „Dame in Weiß“, Leticia Ramos Herrera, wurde in Cardenas (Provinz Matanzas), am 25. April 2016 des „ordnungswidrigen Verhaltens“ und der „Anstiftung zu Straftaten“ angeklagt. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Bürgerrechtsorganisation organisierte sie Proteste vor Polizeistationen und Büros der Kommunistischen Partei Kubas in Cardenas, um gegen die anhaltende Gewalt gegen die Mitglieder der „Damen in Weiß“ in mehreren Teilen Kubas zu protestieren. Staatssicherheitsbeamte schlugen die protestierenden Bürgerrechtlerinnen

und verhafteten sie. Leticia selbst erlitt mehrere Schläge auf den Kopf, eine angemessene medizinische Versorgung wurde ihr auf der Polizeistation aber verweigert. Die kubanische Staatssicherheit beschuldigte Leticia Ramos Herrera offiziell der „Anstiftung zu Straftaten“ und des „ordnungswidrigen Verhaltens“. Die Bürgerrechtlerin weist alle Vorwürfe zurück, ihr einziges Vergehen sei es gewesen, friedliche Proteste gegen das gewaltsame Vorgehen gegen Mitglieder ihrer Organisation zu organisieren. Ihr Fall trägt die Nummer #4370/16 RS, im Falle einer Verurteilung droht ihr eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu einem Jahr.

Zwei „Damen in Weiß“ sind seit dem 15. April 2016 unschuldig inhaftiert: Marieta Martínez und Yaquelin Heredia wurden bei einer Protestkundgebung in Havannas Park der Brüderlichkeit (Parque de la Fraternidad) festgenommen. Marieta Martínez wurde von einem Polizeibeamten zurechtgewiesen, der ihre Tasche durchsuchen wollte, was diese aber verweigerte.

Yaquelin Heredia und die Mitglieder der Patriotischen Union Kubas (UNPACU) Xiomara de las Mercedes Cruz Miranda und Yunet Cairo Reigada kamen ihr zur Hilfe und protestierten gegen diese willkürliche Durchsuchung. Schließlich wurden alle vier Bürgerrechtlerinnen festgenommen,



**Auf dem Weg zur Kirche von der Staatssicherheit misshandelt: Die Dame in Weiß, Rosa Escalona, erlitt Rippenbrüche, einer ihrer Söhne einen Schädelbruch, ihr Mann einen lebensbedrohlichen Milzriss.**

Yaquelin Heredia wurde der „Sachbeschädigung“ angeklagt, Marieta Martínez, Mercedes Cruz Miranda und Yunet Cairo Reigada wurde „Beamtenbeleidigung“ und „Angriff“ vorgeworfen. Alle Bürgerrechtlerinnen geben an, dass die Anklagen gegen sie fingiert sind und sie niemanden angegriffen und keine Schäden verursacht haben. Die Bürgerrechtlerinnen wurden in das Frauengefängnis „El Guatao“ gebracht, wo sie unschuldig festgehalten werden, ohne dass bisher ein Termin für ihre Gerichtsverhandlung festgelegt wurde.

Die „Dame in Weiß“ Rosa Escalona und ihr Ehemann Alberto Pedro Freire Leiva sowie ihre drei Söhne wurden am 8. Mai in Holguín von Staatssicherheitsbeamten angegriffen und schwer misshandelt.

### **Staatssicherheit schlägt ganze Familie krankenhausesreif**

„Ich war gerade auf dem Weg zur Kirche, als Staatssicherheitsbeamte mich bedrohten und angriffen. Mein 25-jähriger Sohn erlitt einen Schädelbruch, meine beiden minderjährigen Söhne und ich wurden brutal geschlagen, mir wurden dabei einige Rippen gebrochen“, so Rosa Escalona.

### **Sohn Schädelbruch, Ehemann in Lebensgefahr**

Alberto Pedro Freire Leiva erlitt eine Milzruptur an zwei Stellen, er musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden und schwebte wegen starker innerer Blutungen in Lebensgefahr.

„Diese Gewaltorgien dürften von der Europäischen Union nicht einfach hingenommen werden“ appelliert IGMF-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Die Einhaltung unveräußerlicher Menschenrechte sollte für eine Weiterführung der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kuba zur Bedingung gemacht werden, so die IGMF in einer Stellungnahme an die EU-Außenminister.

*Sabine Fanta*

# Auch im EU-Staat Polen: Ausbeutung von nordkoreanischen Arbeitssklaven

**Dass in Ländern wie Russland, China oder auch arabischen Staaten nordkoreanische Arbeitssklaven auf Baustellen oder in der Forstwirtschaft ausgebeutet werden, ist kein Geheimnis. Doch auch in der EU wurden und werden nach Schätzungen hunderte Arbeitssklaven aus Nordkorea eingesetzt. Alleine in Polen sollen es mehr als 200 sein.**

Vor allem in der Bauindustrie, aber auch in der Landwirtschaft und auf Werften, wie der CRIST-Werft in Gdingen, schufteten nordkoreanische Arbeitssklaven. Wegen unzureichendem Arbeitsschutz kam es bereits zu Unfällen, in einem Fall mit Todesfolge. Ein Arbeitssklave zog sich bei lebensgefährlichen Schweißarbeiten unter Deck ohne Schutzkleidung Verbrennungen zu, die letztlich zum Tode führten.

Auf einer abgeschirmten Baustelle in Warschau arbeiten ausschließlich männliche Sklaven. Polnische Medien haben darüber bereits berichtet, die Baufirma Atal, die die nordkoreanischen Arbeitssklaven beschäftigt, hält jedoch weiter an ihrer Kooperation mit dem nordkoreanischen Regime fest.

Auf Malta waren im April 2016 mindestens 41 bewachte Nordkoreaner tätig, die in der Textilfabrik „Leisure Clothing“ und dem Bauunternehmen „Ritemix Bros“ ausgebeutet wurden. Eben jene Firmen gehören dem ehemaligen Abgeordneten George Gatt der „Malta Labour Party“, die aktuell 39 von 69 Sitzen im nationalen Parlament innehat.

Nach heftiger Kritik und Intervention der IGFM und der Ankündigung einer öffentlichen Erklärung zur Ausbeutung von nordkoreanischen Arbeitern auf Malta, gab die maltesische Regierung

am 27. Juli 2016 bekannt, dass keine Arbeitsvisa mehr an nordkoreanische Staatsbürger vergeben werden. Weshalb sollte dies also nicht auch in Polen möglich sein?

Die Arbeiter aus Nordkorea beherrschen nicht die Sprache des Landes, in dem sie arbeiten. Ihre Papiere werden ihnen abgenommen, damit sie sich nicht selbständig bewegen können. Ein System erzwungener wechselseitiger Bespitzelung sorgt zusätzlich für völlige Hilflosigkeit. Vor allem aber werden die Ehefrauen und Kinder der Arbeiter in Nordkorea als Geiseln missbraucht. Bei Fluchtversuchen würden diese Angehörigen drakonisch bestraft werden.

Die Nordkoreaner müssen im Ausland sieben Tage pro Woche arbeiten und bekommen – wenn überhaupt – zwei freie Tage im Monat. Die reguläre Arbeitszeit beträgt 12 Stunden am Tag. Da viele Arbeiter die Hoffnung nicht aufgeben, dass ihre Arbeit letztendlich

doch bezahlt werde, und zwar auf Stundenbasis, arbeiten sie deutlich länger.

In Nordkorea, wo die Menschen durchschnittlich den Gegenwert von weniger als einem US-Dollar pro Tag verdienen, lockt das Regime mit versprochenen Jahresgehältern von mehr als 1000 US-Dollar. Die Realität sieht jedoch anders aus, die Arbeiter erhalten nur einen minimalen Bruchteil ihres eigentlichen Lohns, den Rest erhält das nordkoreanische Regime von Kim Jong-un.

Die Menschenrechtsgruppe „Nord-Korea-Strategie-Zentrum“ im südkoreanischen Seoul schätzt, dass Pjöngjang zwischen 1,5 Milliarden und 2,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr durch sein Heer von Sklavenarbeitern einnimmt, das zwischen 60 000 und 100 000 Menschen umfasst. Sie würden in 40 Staaten der Erde eingesetzt werden.

*Amon Polierer*



**Zahlreiche Passanten informierten sich beim Team der IGFM am 9. August 2016 auf dem Luisenplatz in Darmstadt über die Menschenrechtslage in Nordkorea.**

# Der Völkermord an Armeniern, Syro-Aramäern und Pontos-Griechen

Am 2. Juni 2016 beschloss der Deutsche Bundestag eine Resolution über den Völkermord vor 101 Jahren in der Türkei. Die IGFM begrüßt dies ausdrücklich.

„Leugnung, Vertuschung und staatliche Geschichtsklitterung können keine Grundlage für ein freiheitliches Miteinander sein – auch nicht im Vielvölkerstaat Türkei“, erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin.

„Die gegenüber dem Deutschen Bundestag und persönlich durch Präsident Erdogan ausgesprochenen Drohungen gegenüber Kanzlerin Merkel zeigen die Bereitschaft zur Eskalation: Deutschland darf sich von dem Autokraten Erdoğan nicht erpressen lassen.“

Anlässlich des 100. Gedenktages an den Beginn des Völkermordes am 24. April 1915 hatte Prof. Dr. mult. Thomas Schirrmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM Bonn, grundsätzlich zum Thema Völkermord Stellung bezogen. Diese Erklärung dokumentieren wir aufgrund der anhaltenden Debatte in der Türkei und der aktuellen menschenrechtlichen Lage in der Türkei:

Die türkische Regierung bietet immer wieder neue, unterschiedliche, zum Teil sich widersprechende Begründungen, warum der Völkermord an Armeniern, Syro-Aramäern und Pontos-Griechen kein Völkermord gewesen sein soll. Die vier wichtigsten Behauptungen sind: (A – D):

**A.** Es fehlte an der Absicht und Planung – die meisten Armenier starben in den Kriegswirren an Hunger und Krankheit.

**B.** (und im Widerspruch dazu!) Die Armenier waren Aufständische und halfen den Kriegsgegnern. Die Vertreibungspolitik der Jungtürken gegen die Armenier war ein kriegsnotwendiger Akt der Selbstverteidigung.

Zu A. und B. ist zu sagen:

1. Die türkische Militärgerichtsbarkeit hat 1919-1920 direkt nach dem Ersten Weltkrieg einige der Hauptplaner und -Drahtzieher der Ermordung der Armenier zum Tode verurteilt, Generäle wie Politiker. Zwei der wichtigsten Drahtzieher hatten sich aber nach Deutschland abgesetzt, wo sie 1922 ermordet wurden. Der türkische Staat selbst hat also damals aufgrund von vielen Zeugnisaussagen und Akten festgestellt, dass die Massenmorde geplant waren



1,5 Millionen Armenier wurden Opfer der Todesmärsche durch Hunger und mangelbedingte Krankheiten.



Prof. Dr. mult. Thomas Schirrmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM.

und nicht dem Kampf gegen bewaffnete Aufständische dienten. Dass bald darauf unter Kemal Atatürk die Leugnung der Schuld einsetzte, ändert daran nichts.

2. Heerscharen von Historikern und Genozidforschern haben durch umfangreiches Quellenmaterial belegt, dass die beiden Aussagen A. und B.

falsch sind. Eine begründete Widerlegung dieser Quellenarbeit seitens der Türkei ist nicht erfolgt. Behauptungen von Politikern widerlegen aber keine wissenschaftliche Forschung, sie können sie höchstens verbieten.

3. Wenn die Aussagen A. und B. stimmen, warum weigert sich die Türkei dann, die türkischen Archive unabhängigen Historikern zu öffnen? Es dürfte dann ja nichts Belastendes zu finden sein.

4. Wenn es um eine Selbstverteidigung gegangen wäre, hätte sich die Verteidigung nach Genfer Kriegsrecht nicht gegen die Zivilbevölkerung richten dürfen, die die absolute Masse der Opfer ausmachten. Haben die Zigtausenden Kinder, ja Babys, die auf den Hungermärschen starben, etwa auch gegen die Türkei gekämpft?

5. Im Übrigen ist es unumstritten, dass ein Völkermord auch vorliegen kann, wenn zwei Kriegsparteien Krieg gegeneinander führen und eine Seite dabei versucht, nicht nur Kämpfer der anderen Seite zu töten, sondern die gegnerische Bevölkerung auszulöschen, das heißt zum Beispiel verhungern zu lassen. Sonst dürfte man ja auch im Zweiten Weltkrieg nicht von Völkermord sprechen.

**C.** Die türkische Regierung verbindet mit Völkermord etwas mit dem Nationalsozialismus Vergleichbares, setzt also eine rassistisch-ideologische Motivation voraus. Da die Armenier aber als religiöse Gruppe gesehen wurden, die sich als Christen vermeintlich mit christlichen Gegnern verbündeten, und im 19. Jh. zum Islam übergetretene Armenier meist nicht verfolgt wurden, lehnt man es ab, dass es sich um Völkermord aus Rassismus handelte.

6. Dabei wird übersehen, dass die Völkermorddefinition der UN von 1948 keine bestimmte Ideologie und keine bestimmte Art von ‚Volk‘ voraussetzt und sich nicht darum kümmert, welche Begründung verwendet wird, sondern nur das Ziel, Angehörige einer bestimmten Gruppe geplant zu töten

oder dem möglichen Tod auszuliefern, für ausschlaggebend hält. Im Übrigen ist es so verbrecherisch, Menschen umzubringen, weil sie Christen sind, wie es verbrecherisch ist, sie umzubringen, weil sie eine bestimmte Sprache sprechen oder einer bestimmten Ethnie angehören.

Artikel II, der von der Türkei 1948 als Erstunterzeichner mit unterschriebenen UN-Konvention lautet: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“

Alle fünf Punkte sind für den Völkermord an Armeniern, Syro-Aramäern und Pontos-Griechen gründlich von Historikern belegt worden, wobei Punkt d) seltener vorkam. Man denke etwa zum letzten Punkt daran, dass 150.000-200.000 armenische Kleinkinder an türkische oder kurdische Eltern gegeben wurden – teilweise aus Not, teilweise mit Gewalt – und nach 1919 den Eltern oder Verwandten nicht zurückgegeben wurden.

**D.** Die türkische Regierung sagt: Völkermord wurde erst 1951 zu einer Kategorie des Völkerrechts, also konnte ein Ereignis dreieinhalb Jahrzehnte vorher kein Völkermord sein. Dieser Logik ist selbst das Deutsche Außenministerium gefolgt.

7. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Weil es Völkermorde gab und der schlimmste von allen im Zweiten Weltkrieg geschah, wurde zur Beschreibung

schließlich der Begriff Völkermord bzw. das englische Gegenstück, ‘genocide‘ geprägt und 1948 die UN-Völkermordkonvention verabschiedet, die 1951 in Kraft trat. Selbstverständlich sind Völkermorde so alt wie die Menschheit, und sie gehören zu den Höhepunkten von Verbrechen und Unmoral, gleich welchen Begriff man dafür vorher verwendet hat.

8. Folgte man der Logik der türkischen Regierung, gab es vor 1948 auch keine Menschenrechtsverletzungen, weil die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte erst 1948 verabschiedet wurde.

9. Im Übrigen muss man unterscheiden: Der völkerrechtliche, juristische Begriff „Völkermord“ wäre von Interesse, wenn man die Türkei verklagen wollte. Es geht aber vor allem um den Begriff „Völkermord“ der Historiker. Und hier steht die türkische Regierung gegen eine weltweite Phalanx von Historikern und Genozidforschern, die den Begriff etwa auch für die Verbrechen der Deutschen an den Hereros in Deutsch-Westafrika vor dem Ersten Weltkrieg verwenden.

10. Das Argument, vor 1951 könne es gar keinen Völkermord gegeben haben, zeigt auch, wie widersprüchlich die türkische Regierung argumentiert. Denn das Argument hieße dann ja: Hätte man bereits zum Beispiel 1910 eine völkerrechtliche Genozidkonvention verabschiedet, wäre der Massenermord an Armeniern und Syro-Aramäern ein Völkermord gewesen.

Zum Schluss sei noch hinzugefügt, dass die Türkei armenische und syrische Christen bis heute schwer diskriminiert. Es wäre für die Türkei ein Leichtes, die Diskriminierung der wenigen verbliebenen Christen im Land zu beenden. Solange dies nicht geschieht, muss man auch die Position der Türkei zur Völkermordfrage in diesem Licht betrachten. Die EU tut gut daran, in ihren Fortschrittsreports die Beendigung der Diskriminierung der Christen und die Anerkennung des Völkermordes zu Vorbedingungen für einen EU-Beitritt zu erklären.



Türkei – nicht Syrien: Die Stadt Cizre nach der Strafaktion des türkischen Militärs gegen Kurden.

## Terror gegen Zivilisten

**Sieht man die Bilder der zerstörten Stadt Cizre im Südosten der Türkei, die überwiegend von Kurden bewohnt wird, denkt man eher an Kriegsschauplätze in Syrien oder im Irak. Weite Teile der Stadt wurden vom türkischen Militär zwischen Dezember 2015 und April 2016 zerstört. 100.000 der ehemals 120.000 Einwohner mussten fliehen.**

Über die Opferzahlen gibt es verschiedene Angaben. Die „Menschenrechtsstiftung der Türkei“ (Türkiye İnsan Hakları Vakfı, TİHV) spricht von 178 getöteten Zivilisten, allein in Cizre. Selbst die nicht-kurdische Oppositionspartei CHP (die kemalistisch, sozialdemokratische „Republikanische Volkspartei“) spricht von schweren Menschenrechtsverletzungen und fordert eine umfassende Aufklärung.

### Abbruch des Friedensprozesses

Der seit Jahrzehnten andauernde Konflikt zwischen der türkischen Regie-

rung und der kurdischen Minderheit schien sich zunächst beruhigt zu haben, nachdem die Regierung seit März 2013 mit der verbotenen und mit Waffengewalt kämpfenden PKK („Arbeiterpartei Kurdistans“) über einen Frieden im Südosten der Türkei verhandelte.

Unabhängige Beobachter sind sich einig, dass der Wahlerfolg der prokurdischen Partei HDP („Demokratische Partei der Völker“) bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 den Kurswechsel in der Kurdenpolitik der türkischen Regierung auslöste. Die HDP erhielt 13% der Wählerstimmen und die Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) verlor ihre absolute Mehrheit. Die Regierung konnte dadurch ohne die Zustimmung der HDP keine Verfassungsänderungen mehr verabschieden. Die türkische Regierung änderte daraufhin die Tonlage gegenüber der kurdischen Minderheit und brach de facto den Friedensprozess ab – nach Einschätzung der allermeisten Beobachter aus rein wahltaktischen Gründen.

### Eingefrorener Friedensprozess

Die türkische Regierung verschärfte ihre Haltung gegenüber Vertretern der Kurden so weit, dass sie auf der Grundlage der hoch umstrittenen Anti-Terrorgesetzgebung umfassende Verhaftungen von kurdischen Politikern und anderen kurdischen Personen des öffentlichen Lebens ankündigte. Die darauf folgenden weiteren Abläufe in und um Cizre lassen sich nicht mehr sicher rekonstruieren. Kurdische Jugendliche, die vermutlich der PKK nahe standen oder auch deren Jugendorganisation angehörten, riefen in ihren Heimatorten Selbstverwaltungszonen aus und errichteten Barrikaden.

Die türkische Regierung nahm dies zum Anlass, um seit Dezember 2015 militärisch gegen weite Teile des von Kurden bewohnten Südostens der Türkei vorzugehen. Nach eigenen Aussagen um „die Städte von Terroristen zu säubern“. Das türkische Militär setzte neben Panzern und Artillerie auch Luftschläge ein, um Häuser und teil-

weise ganze Straßenzüge zu zerstören. Die Besonderheit in dieser neuen Eskalation der Gewalt war dabei jedoch nicht die Verwendung von schweren Waffen, sondern vielmehr die Aggression gegenüber größeren Städten, die überwiegend von Kurden bewohnt werden. In den 90er Jahren blieben die Militäraktionen weitgehend auf ländliche Gebiete beschränkt.

Am 14. Dezember 2015 wurde eine Ausgangssperre über Cizre und andere Orte verhängt, die für die Einwohner dramatische Folgen hatte. Die Strom- und Wasserzufuhr war stark eingeschränkt, Medikamente und Essen waren knapp. Wer die Ausgangssperre übertrat und beispielsweise versuchte, Tote zu bergen oder diese zu begraben, galt als „Terrorist“ und „durfte“ beschossen werden. Falls es den Einwohnern doch gelang, einen Verstorbenen zu bergen, mussten diese aufgrund der mangelhaften Versorgungssituation

in Kühltruhen aufbewahrt werden. Seither ist die Kühltruhe zum traurigen Symbol für den wohl eingefrorenen Friedensprozess zwischen der Türkei und den Kurden geworden.

### Operation auf „erfolgreiche Art und Weise“ abgeschlossen

Am 11. Februar 2016 erklärte die Regierung die militärische Operation für beendet. Der türkische Innenminister Ekan Ala führte dazu aus, sie sei auf „erfolgreiche Art und Weise“ zum Abschluss gebracht worden. Am 1. März hoben die Behörden die Ausgangssperre auf.

Mustafa Kemal, ehrenvoll auch „Atatürk“ oder „Vater der Türken“ genannt war der eigentliche Begründer und erste Präsident der heutigen Türkei, die aus den Ruinen des osmanischen Kalifats hervorgegangen ist. In den Kriegen im Anschluss an den ersten Welt-

krieg gewann er die Unterstützung kurdischer Stammesführer und Politiker und versicherte diesen, dass dieser Kampf zu einem gemeinsamen Staat von Türken und Kurden führen sollte. Das den Kurden gegebene Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten. Nach der erfolgreichen Gründung der Republik Türkei im Jahr 1913 stellten Atatürk und dessen Mitstreiter das Türkentum in den Mittelpunkt ihres politischen und vor allem kulturellen Neuanfangs. Aus dem ehemaligen osmanischen Vielvölker-Kolonialreich sollte ein zentraler Einheitsstaat werden. Alle Einwohner, die einer anderen Nationalität oder Ethnie angehörten, sollten sich dem Türkentum sowohl kulturell als auch sprachlich unterordnen, so auch die Kurden.

### Zwangsassimilation

Die Kurden sind ethnisch nicht mit den Turkvölkern verwandt, ihre Sprache



**Augenzeugen berichteten, dass das türkische Militär in manchen Ortschaften und Stadtteilen völlig wahllos in Häuser schoss und Bomben in Wohngebiete warf. Die türkische Regierung erklärte, es handelte sich um „erfolgreiche“ Operationen gegen „Terroristen“.**

## Türkei ▶

gehört zur Familie der iranischen Sprachen. Sie lebten auf dem Gebiet der heutigen Türkei viele Jahrhunderte bevor die Vorfahren der heutigen Türken mit den Kriegszügen der Seldschuken in dieses Gebiet einwanderten. Dennoch haben türkische Nationalisten den Kurden über Jahrzehnte eine eigene Identität abgesprochen, sie als „Bergtürken“ bezeichnet, sie öffentlich diffamiert und unterdrückt.

Im Zuge zahlreicher Umsiedlungsmaßnahmen mit Deportationen von Kurden und Neuansiedlungen von Türken verloren viele Kurden ihre Heimat. Ihnen wurde der Gebrauch der kurdischen Sprache verboten. Eigen-, Dorf- und Städtenamen der kurdischen Bevölkerung wurden im Zuge dieser Türkifizierung umbenannt. Die türkische Regierung verbot Buchstaben, die im Türkischen nicht vorkommen, wie beispielsweise das q, x oder w. Muttersprachlicher Kurdischunterricht an staatlichen Schulen ist laut Verfassung verboten. Bis ins Jahr 2002 waren kurdisch-sprachige Fernseh- und Rundfunksendungen nicht gestattet. Durch diese sprachliche Assimilation verloren viele Kurden ihre Muttersprache und somit einen wesentlichen Teil ihrer Identität.

### Annäherung und Eskalation

Die staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung setzte sich bis ins 21. Jahrhundert fort. Erst nachdem 2002 die islamische AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) an die Regierung kam, trat zunehmend Ruhe ein. Der damalige Ministerpräsident und heutige Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte, dass es ein kurdisches Problem in der Türkei gebe, was bisher stets geleugnet wurde und als Terrorproblem deklariert worden war. Erdogan sprach die Kurden vor allem als muslimische Glaubensbrüder an und wollte so ihre Wahlstimmen gewinnen.

Doch die türkische Regierung enttäuschte zusehends die Hoffnungen auf Verständigung zwischen Türken und Kurden. Als der Islamische Staat (IS)



**Die jahrzehntelange Zwangstürkisierung und der staatlich geförderte türkische Nationalismus hat viele Kurden verbittert. Die militärischen Strafaktionen des türkischen Militärs haben darüber hinaus viele von ihnen wirtschaftlich ruiniert und obdachlos gemacht.**

im August 2014 anfang, seine Expansion intensiv gegen die dort ansässige kurdische Bevölkerung in Nordsyrien zu richten, blieb die türkische Regierung untätig. Sie verweigerte kurdischen Freiwilligen, die in Syrien gegen den IS kämpfen wollten, das Übertreten der türkisch-syrischen Grenze. Gleichzeitig mehrten sich die Hinweise, dass die türkische Regierung de facto den Islamischen Staat unterstütze – den gefährlichsten Feind der syrischen und irakischen Kurden.

Beispiele wie die Aufhebung der Immunität zahlreicher kurdischer

Abgeordneter durch das türkische Parlament im Mai 2016 oder die Angriffe auf kurdische Städte in Südostanatolien seit Dezember 2015 zeigen, dass die Diskriminierung von Kurden noch lange kein Ende, sondern im Gegenteil einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Der Kern des Konflikts zwischen Türken und Kurden liegt im türkischen Nationalismus, der von Erdogan mit neuer Intensität weitergeführt wird und der aus dem Vielvölkerstaat Türkei einen homogenen türkischen Nationalstaat erzwingen will.

*Amon Polierer*



**Kurdische Kinder in der Türkei. In Zukunft frei und selbstbestimmt? Das türkische Militär hatte von Dezember 2015 bis Februar 2016 mehrere kurdische Städte und Ortschaften im Südosten der Türkei angegriffen und zum Teil erheblich zerstört.**

Irak ►

## Vom Islamischen Staat (IS) als „Hexen“ ermordet, weil sie gegen den Übertritt zum Islam waren

Der Islamische Staat (IS) fuhr im Januar 2015 eine Gruppe jesidischer Frauen durch die Straßen von Mossul – der zweitgrößten Stadt des Irak. Dieses Bild wurde irrtümlich als Verkauf von Sklavinnen gedeutet. Sklavenmärkte, auf denen vor allem jesidische Frauen und Mädchen verkauft wurden, hat es in und bei Mossul, sowie in der IS-Hochburg Raqqa gegeben.

Die Sklavinnen dort sind jedoch – wenn sie im Freien sind – in der Regel komplett schwarz verschleiert. Weiß ist traditionell eine Farbe, die von älteren Jesidinnen getragen wird, oft mit roten Linien an den Säumen. Es gibt dafür keine festen Regeln. Manche Jesidinnen tragen Weiß ab 50, manche ab 70 Jahren. Ältere jesidische Männer tragen oft weiß, schwarz oder grau, aber in der Regel nichts Farbiges.

Geflohene ehemalige Gefangene des Islamischen Staates haben der IGFM, von einer Gruppe aus ursprünglich neun älteren Jesidinnen berichtet, die wie hunderte andere Jesiden, in einem großen Sportkomplex in Mossul gefangen gehalten wurden. Die neun lebten zusammen mit einem alten Mann und zwei zweijährigen Kindern in einem Raum.

Am 28. Dezember 2014 erschienen dort Männer des Islamischen Staates, durchsuchten den Raum und die Habseligkeiten der Gefangenen und nahmen die alten Frauen, den Mann und die beiden Kleinkinder mit. Sie gaben gegenüber den anderen Gefangenen vor, sie würden in ein Altenheim gebracht.

### Als „Hexen“ diffamiert

Tatsächlich „verschwanden“ die Jesiden zunächst. Sie wurden einige Zeit später in einem Metallkäfig zur Schau



Der Islamische Staat (IS) hat gefangene Jesidinnen in Mossul erst zur Schau gestellt, dann als „Hexen“ getötet. Die Frauen hatten nach Auffassung des IS andere Gefangene davon abgehalten, zum Islam überzutreten. Fotos davon liegen der IGFM nicht vor. Das Bild zeigt trotz anderslautender Berichte keine Sklavinnen, die in Mossul vom IS zum Verkauf vorgeführt wurden, sondern (mit sehr großer Wahrscheinlichkeit) eine Protestaktion von Muslimbrüdern in Ägypten.

gestellt und durch die Straßen Mossuls gefahren. Mit Lautsprechern verbreiteten Männer des IS, dass es sich um „Hexen“ handle, die getötet würden. Sie hätten den gefangenen „Ungläubigen“ verboten, den Islam anzunehmen. Außerdem seien bei ihnen „Erde und Bänder der Ungläubigen“ gefunden worden. Dabei handelt es sich um „heilige Bänder“ und „heilige Erde“ der Jesiden. Die Bänder werden im bedeutendsten Heiligtum der Jesiden in Lalisch hergestellt. Die Erde stammt ebenfalls aus Lalisch oder einem für Jesiden heiligen Bezirk im nordirakischen Shingal.

Auf welche Art die Gefangenen anschließend ermordet wurden, ist nicht sicher belegt. Der islamische Staat hat Gefangene in Käfigen sowohl ertränkt als auch lebendig verbrannt. Die IGFM sucht Augenzeugen der Hinrichtung dieser Jesidinnen.

### Glaube an Zauberei

Zauberei wird sowohl im klassischen Islam als auch im „Volksislam“ als etwas völlig reales betrachtet, ebenso wie die Beschwörung der im Koran häufig erwähnten „Dschinn“ – dämonische Geistwesen. Traditionell wird im islamischen Recht Magie toleriert, solange sie nicht schadet und nicht mit dunklen Mächten im Bunde ist. Nicht-muslimische, „schwarze“ Magie, gilt dagegen als schweres, todeswürdiges Verbrechen.

Nicht nur die islamischen Fundamentalisten im „Islamischen Staat“ nehmen Zauberei und Geister genauso ernst, wie andere Glaubensinhalte, etwa Engel, Satan, Jenseits usw.. In Saudi-Arabien gehen selbst staatliche Stellen gegen Hexen und Zauberei vor. Mehrfach sind dort Menschen rechtskräftig wegen Zauberei verurteilt worden.

IGFM hilft ►

## Flüchtlinge vor dem Islamischen Staat (IS) brauchen Unterstützung – die IGFM hilft vor Ort

**Die Grausamkeiten des „Islamischen Staates“ – und anderer islamistischer Milizen – nehmen im Irak und in Syrien kein Ende. Enthauptungen und vor allem der gezielte Massenmord an Minderheiten verbreiteten Angst und Schrecken.**

Tausende unbewaffnete irakische Jesiden, Christen und Schiiten wurden von den Kämpfern des „Islamischen Staates“ niedergemetzelt, ihre Frauen und Töchter als „Sklavinnen“ verkauft. Hunderttausende versuchten schließlich, durch die Flucht in die von Kurden gehaltenen Bergregionen im Nordirak, ihr Leben zu retten. Doch diese Massenflucht übersteigt trotz aller internationalen Hilfe die Möglichkeiten der kurdischen Behörden. Sie übersteigt sogar die Möglichkeiten der großen Hilfsinstitutionen, die in ausgedehnten Flüchtlingslagern hunderttausende Menschen mit dem Nötigsten versorgen.

Im kurdischen Nordirak gibt es zurzeit um die Millionenstadt Dohuk 20 Flüchtlingslager für 450 000 Jesiden und kleinere Lager für ca. 50 000 Christen. Doch viele andere, die vor dem Islamischen Staat (IS) fliehen mussten, konnten dort bisher nicht unterkommen und leben weiterhin in schwierigsten Bedingungen unter Zeltplanen, in Rohbauten, unter Brücken und sogar auf Friedhöfen. IGFM-Mitglieder und Helfer verteilen dort Hilfe, wo sie besonders nötig ist. Mit im Team sind auch vom IS verschleppte und wieder befreite Frauen, die sich mit der IGFM für andere Hilfsbedürftige einsetzen.

### Kleidung und Schuhe

Viele dieser Menschen mussten alles, was ihnen lieb und teuer war, zurücklassen und haben nur, was sie am Leib trugen oder was sie seither von Hilfsorganisationen erhalten haben. In den



**Die Flüchtlinge sind glücklich, dass Sie dem Islamischen Staat entronnen sind. Nun leben Sie in Containern, meistens aber in schimmelnden Zelten oder sogar Rohbauten, Bauruinen und Garagen. Sie brauchen Hilfe – dringend!**



**Viele Christen und Jesiden fürchten sich davor, in den großen Flüchtlingslagern zusammen mit sunnitischen Flüchtlingen Schutz zu suchen. Der Grund dafür ist, dass sich nach den militärischen Erfolgen des „Islamischen Staates“ mehrfach sunnitische Nachbarn an Plünderungen, Menschenjagden und Morden radikaler Islamisten beteiligten – auch in Orten, an denen Christen und Jesiden bisher friedlich mit ihren sunnitisch-muslimischen Nachbarn zusammenlebten. Unter den Minderheiten geht die Furcht um, dass unter den sunnitischen Flüchtlingen eine große Zahl von Familien ist, die mit dem „Islamischen Staat“ sympathisiert. Ein Teil dieser Sunniten ist angeblich nicht vor den Extremisten geflohen, sondern allein vor den Kampfhandlungen. Christen und Jesiden leben daher wenn möglich in getrennten Flüchtlingslagern – oder in Rohbauten und Ruinen.**



Damit Kleidung und Bettwäsche wirklich sauber werden und bleiben, sind Waschmaschinen dringend nötig und ein wichtiger Faktor für die Gesundheit der Flüchtlinge.

Die IGFM hat daher gespendete und gebraucht erworbene Waschmaschinen zu den Flüchtlingen gebracht und Absprachen getroffen, dass sie möglichst vielen Menschen zu Gute kommen.



Die hygienischen Bedingungen sind für viele Flüchtlinge prekär. In den inoffiziellen Flüchtlingslagern und den zahllosen jetzt bewohnten Rohbauten gibt es keine Toiletten. Auf die Frage, was neben Kleidung und Schuhen am dringendsten benötigt würde, erhielt die IGFM am häufigsten folgende Antworten: Vitamintabletten für Schwangere, Handcreme, Nagelscheren, Zahnbürsten, Zahnpasta, Shampoo & Seife, Waschmittel und Damenbinden. Die IGFM hat kistenweise Hygieneartikel in die Kurdengebiete des Nordirak gebracht. Ehrenamtliche Helferinnen der IGFM gehen von Zelt zu Zelt und informieren über die Wichtigkeit von Vitaminen für Schwangere, um Behinderungen und Komplikationen vorzubeugen. Die Transporte der IGFM werden vor Ort auf kleinere Fahrzeuge umgeladen und zu diesen Flüchtlingen gebracht.

Bergen des Nordirak wird es nachts kalt, im Winter fällt Schnee. Kälte, Nässe und Matsch bestimmen dann den Lebensalltag. Sandalen, Flip-Flops und zerschlissene Schuhe prägen das Bild. Insbesondere Kinderschuhe sind ein großes Problem.

Die IGFM hat daher neben passender Kleidung vor allem Schuhe in den Nordirak transportiert. Die Ausgabe und Anprobe von Hilfsgütern ist in Schulen oft am einfachsten. Die Schüler erhalten von der IGFM neben dem Schulbedarf daher auch Schuhe und Kleidung. Bisher konnte die IGFM mehreren tausend Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen helfen.

### **Ehemalige Sklavinnen des IS – Hilfe auch in Deutschland nötig**

Rund 1 100 ehemalige Sklavinnen des Islamischen Staates haben in Deutschland Schutz und Sicherheit gefunden. Doch die Frauen und Mädchen stehen auch hier schwer lösbaren Problemen gegenüber. Die meisten sind durch die Gefangenschaft, Miss-handlungen, Missbrauch, den Verlust von Geschwistern, Eltern, Ehemännern und/oder Kindern hochgradig traumatisiert und bräuchten dringend psychotherapeutische Hilfe. Doch durch die Sprachbarriere ist die Zahl der in Frage kommenden Psychologinnen und Psychologen winzig. Traumata, Fremdheit und Sprachbarriere führen auch zu Isolation und einer gefühlten Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit.

Jesidische Ehrenamtliche der IGFM versuchen daher so gut wie möglich Beistand zu geben und Kontakte zu vermitteln. Vor allem hören sie ihnen zu und notieren ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Sie helfen darüber hinaus, wenn möglich, bei praktischen Problemen und helfen mit Gütern, die ihnen aus ihrer Heimat heraus bekannt sind. Die IGFM hat zu etwa 300 Frauen Kontakt und betreut in einem engeren Verhältnis etwa 40 dieser Frauen und Mädchen.

## IGFM hilft ►

### Die IGFM gibt Opfern eine Stimme

Einige wenige haben ihr Trauma soweit unter Kontrolle, dass sie bereit sind, über ihre Erfahrungen und den an ihnen verübten Verbrechen zu berichten. Einige jedoch wollen ausdrücklich, dass die Öffentlichkeit weiß, was im Herrschaftsgebiet des Islamischen Staates vor sich geht, wie die Islamisten denken und wie sie ihre Verbrechen rechtfertigen. Die IGFM veröffentlicht daher ihre Aussagen und gibt denjenigen, die dies wünschen, ein Forum, z.B. bei Pressekonferenzen, bei Gesprächen mit Politikern und auf Veranstaltungen. Darüber hinaus informiert die IGFM über die Hintergründe der Sklaverei durch den Islamischen Staat. Die IGFM bemüht sich darüber hinaus, Islamische Autoritäten dafür zu gewinnen, öffentlich die Sklaverei des IS und dessen theologische Begründung zu verurteilen, wie dies bereits der namhafte sunnitische Geistliche Khaled Al-Mulla im irakischen Fernsehen getan hat.

Die IGFM unterstützt in Deutschland insgesamt 300 ehemalige Sklavinnen. 40 davon werden von der IGFM näher betreut. Sie alle wollen so weit weg vom Islamischen Staat wie irgend möglich. Doch nicht alle können sich ein Leben in der Fremde vorstellen. Einige möchten bei ihren Familien im kurdischen Nordirak bleiben. Auch dort hilft die IGFM. Eine Reihe ehemaliger Sklavinnen engagiert sich ihrerseits im Team der IGFM.

### Bitte helfen Sie mit!

Alle Fahrer und Helfer der IGFM arbeiten völlig ehrenamtlich. Dennoch belaufen sich die Transportkosten pro Sattelschlepper von Deutschland in den Nordirak auf rund 6.000 Euro. Hinzu kommen die Hilfsgüter selbst. Einiges davon ist von Privatpersonen und Unternehmen gespendet, doch vieles muss auch gekauft werden. Ohne Ihre finanzielle Unterstützung, kann kein Transport auf die Reise gehen. Ihre Hilfe zählt – Vielen Dank.

### Spendenkonto:

**IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ**



**Trotz der enormen Zahl an Todesopfern haben die allermeisten Kinder überlebende Angehörige, die sich um sie kümmern können. Einige wenige Kinder sind jedoch Vollwaisen, die alle ihre Familienmitglieder verloren haben. Ehrenamtliche der IGFM helfen bei ihrer Versorgung und Betreuung.**



**Die Flüchtlingskinder können teilweise im Schichtbetrieb in reguläre örtliche Schulen gehen. Oft sind die Wege dorthin aber zu weit. Abhilfe bringen improvisierte Zeltschulen, in denen Flüchtlinge, die selbst Lehrer sind, ehrenamtlich arbeiten und unterrichten. Die IGFM hilft aber auch geflohenen Studenten in den Universitäten im kurdischen Nordirak, damit sie dort ihr Studium abschließen können. Die Schüler erhalten von der IGFM Schreibzeug, Stifte und anderen Schulbedarf.**

## Eine ehemalige IS-Sklavin berichtet

**Am 3. August 2014 begann der Islamische Staat (IS) mit einer Offensive im Nordirak auf die Stadt Shingal. Tausende Jesidinnen gerieten in die Gefangenschaft der Islamisten. Ihre Brüder, Ehemänner und Väter wurden überwiegend kurz nach der Gefangennahme erschossen.**

Im Jahr 2016 gewannen kurdische Einheiten die Kontrolle über die Stadt Shingal zurück. Sunnitische Einwohner leben nach wie vor oder wieder in der Region. In zahlreichen Fällen hatten sich sunnitische Nachbarn an den Plünderungen, Vertreibungen und Gewalttaten gegen Jesiden, Schiiten und Christen beteiligt.

### Kinder systematisch gequält

Für Chenar und die meisten anderen ehemaligen Sklavinnen ist eine Rückkehr unter diesen Umständen undenkbar. Chenar hat im Rahmen eines Sonderkontingentes in Deutschland Schutz gefunden. Doch noch immer sind Tausende Frauen und Mädchen in der Hand von Islamisten – es sind vor allem jesidische Sklavinnen,

aber auch einige christliche und schiitische. Der IGF berichtet Sie über ihre Gefangenschaft: „Ich war 24 Jahre alt und hatte drei eigene Kinder, ein Kind wurde vom IS getötet, zwei Kinder sind jetzt bei mir. Einer meiner Brüder war Zeuge, als mein Mann in der Nähe von Mossul mit etwa 200 anderen erschossen wurde; er überlebte schwerverletzt zwischen den Leichen. (...) Ich war ein Jahr und zwei Monate in den Händen des IS. (...)“

Ein IS-Mann (...) hat mich mit meinen drei Kindern nach Rakka gebracht. Dieser Mann hieß Abu Massad und kam aus Tunesien. Er hat mich in eine Wohnung mitgenommen und in einen Raum eingeschlossen und sagte, dass er nach Shingal kämpfen gehe. Er hatte Freunde, die mich überwachten. Vier Monate war ich so in diesem geschlossenen Raum, ohne einmal Licht zu sehen.

### Sechsjähriges Mädchen von der Mutter isoliert

Meine sechsjährige Tochter hatten sie alleine in einen Raum gesperrt. 21 Tage durfte sie mich nicht sehen und ich nicht

zu ihr. Sie hatten ihr gesagt, dass ich sie verstoßen hätte und nichts mehr mit ihr zu tun haben wollte. Als sie dann nach drei Wochen aus dem Zimmer gelassen wurde, hat sie mich gehasst, sie hat auf mich eingeschlagen und gebissen. Ich habe versucht, ihr zu erklären, aber sie hörte nicht auf zu schreien. Sie war zu klein, es zu verstehen. (...)

Als Abu Massad aus Shingal wiederkam, verlangte er, dass ich mit ihm schlafe. Doch ich wehrte mich. Er band daraufhin meinen 13jährigen Sohn an sein Auto fest und fuhr davon. Als er nach einiger Zeit wiederkam, war mein Sohn am ganzen Körper verletzt, sein Gesicht hatte tiefe Schürfwunden. Abu Massad drohte damit, ihn zu Tode zu schleifen. Ich musste ihm gehorchen und zu Willen sein. (...)

Abu Massad verlangte, dass ich jeden Tag 10 Suren des Korans auswendig lerne. Damit ich schneller lerne, hat er täglich meine Kinder verprügelt; mich hat er mit den Schuhen geschlagen und dann musste ich seine Füße küssen. (...)

**Fortsetzung auf Seite 33**



Chenars Heimatstadt Shingal liegt in Trümmern – so wie ihr Leben. Sie war Sklavin des „Islamischen Staates“. Heute lebt sie in Deutschland, möchte aber lieber nicht fotografiert werden.



## Weimarer Menschenrechtspreis 2016 für die iranische Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi

**Die Journalistin und Autorin Narges Mohammadi ist im Iran eine der bekanntesten Frauen- und Menschenrechtlerinnen, ihre Arbeit wird weltweit beachtet und anerkannt. Sie war Vizepräsidentin und Sprecherin des Zentrums für Menschenrechtsverteidiger (Defenders of Human Rights Center), in dem sich die bedeutendsten Menschenrechtler des Iran zusammengeschlossen hatten. Die Regierung verbot das Zentrum ohne rechtliche Grundlage und zerstörte die Büroräume mehrfach.**

Narges Mohammadi ist Mutter von zwei Kindern: Einem Mädchen, Niyayesh, und einem Jungen, Ali. Sie leben heute mit Narges Mohammadis Ehemann Taghi Rahmani in Frankreich. Der Journalist Taghi Rahmani verbrachte selbst 15 Jahre in Haft – u.a. im für Folter berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran.

2012 wurde Mohammadi in einem Beru-

fangsverfahren zu sechs Jahren Haft verurteilt. Durch die schlechten Haftbedingungen, Misshandlungen und Folter verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand so stark, dass sie 2013 gegen eine sehr hohe Kautions in ein Krankenhaus überführt wurde. Im Mai 2015 wurde sie erneut verhaftet, obwohl sie noch immer schwer krank ist. Es geht ihr zusehends schlechter, sie erlitt unter anderem einen Schlaganfall. Die notwendige medizinische Behandlung wird ihr gegenwärtig verweigert, ebenso der Kontakt zu ihren Kindern.

Die Regierung der Islamischen Republik Iran verfolgt die Frauen- und Menschenrechtsbewegung des Landes rigoros. Die Behörden missachten dabei nicht nur bindende internationale Menschenrechtsverträge, sondern selbst die Verfassung und Prozessordnung. Hilfe für willkürlich Inhaftierte ist dennoch möglich – durch internationale Aufmerksamkeit. Die iranische Regierung versucht, das Land mit einem Schein von Rechtssicherheit zu umgeben, denn rechtliche Willkür ist

nicht nur für das internationale Ansehen abträglich, sondern auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Staaten.

Internationale Aufmerksamkeit hat dadurch in vielen Fällen politischen Gefangenen Hilfe gebracht: das Ende von Folter, Medizinische Versorgung und oft auch die Freiheit. Die IGFM hatte aus diesem Grund Narges Mohammadi für den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar vorgeschlagen. Das Entscheidungsgremium votierte einstimmig für diesen Vorschlag und so beschloss der Rat der Stadt Weimar am 15. Juni 2016, den Menschenrechtspreis an Narges Mohammadi zu verleihen.

### **Iran: archaisches Rechtssystem**

Der Iran verfügt über eine breite, sehr gebildete und liberale bürgerliche Mittelschicht. Technologisch ist der Iran enorm entwickelt – doch das Rechtssystem, mit dem islamische Geistliche über das Land herrschen, ist in zentralen Punkten

unvereinbar mit internationalen Menschenrechtsstandards. In der Islamischen Republik Iran ist die Scharia, das islamische Rechtssystem, die Grundlage der gesamten Gesetzgebung und Rechtspraxis.

Mit Verweis auf das islamische Recht werden im Iran Frauen und Mädchen in einem Ausmaß systematisch und massiv benachteiligt, das vielen Europäern nicht klar ist. Das islamische Familien- und Prozessrecht schließt eine Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von Muslimen und Nichtmuslimen kategorisch aus. Die Zeugenaussagen von Frauen oder Nichtmuslimen haben nach der Scharia nur den halben Wert der Aussagen von muslimischen Männern – wenn sie überhaupt zugelassen sind. Männer hingegen haben ein „Recht“ auf sexuellen Gehorsam, ein Züchtigungs-„Recht“ und können ihre Frauen ohne Unterhalt verstoßen, während sich Frauen nur extrem schwer scheiden lassen können.

### Arbeit für positive Veränderungen

Diese massive rechtliche Benachteiligung versucht Narges Mohammadi zu überwinden. Als Journalistin und Autorin tat sie dies durch ungezählte Beiträge in Print und online-Medien. Da innerhalb des Iran alle Medien einer sehr strengen Zensur unterliegen oder in staatlicher Hand sind, gewannen in ihrer Arbeit Interviews mit und Beiträge für Medien die außerhalb des Iran produziert werden, eine immer größere Rolle.

Die iranische Führung hatte 2012 und 2013 bei der Überarbeitung des Strafrechts darauf bestanden, dass Amputationen, Auspeitschungen und sogar Steinigung und Kreuzigung im Strafrecht verankert bleiben. Der Iran hat völkerrechtlich bindende Menschenrechtsverträge unterschrieben und ratifiziert. Narges Mohammadi forderte diese Vertragserfüllung ein. Ihr Einsatz richtete sich dabei aber nicht nur gegen besonders grausame Hinrichtungsformen, sondern gegen die Todesstrafe selbst. Ihr Einsatz für „Step by Step to Stop Death Penalty“



**Symbol für Unterdrückung und Folter: Das Evin-Gefängnis in Teheran. Narges Mohammadi, Abdolfattah Soltani und zahlreiche andere Vertreter der iranischen Menschenrechtsbewegung werden hier gefangen gehalten.**

erregte innerhalb des Iran große Aufmerksamkeit.

Narges Mohammadi forderte aber auch namhafte Entscheidungsträger außerhalb des Iran auf, die Erfüllung von Menschenrechtsverträgen aktiv einzufordern. Während sie für eine medizinische Behandlung vorübergehend auf Kautionsfreibrief war, traf sie am 8. März 2014 in Teheran Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsi-

dentin der EU-Kommission. Ashton hatte Narges Mohammadi als eine der bedeutendsten Vertreterinnen der iranischen Menschenrechtsbewegung zu einem Gespräch gebeten. Über die Folgen, die dieses Gespräch für Mohammadi haben würde und schließlich auch hatten, war sie sich im Klaren.

### Verhaftungen und Prozess

Zum ersten Mal verhaftet wurde Narges Mohammadi im Jahr 2009. Die



**Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Dr. Shirin Ebadi setzt sich mit großem Nachdruck für Narges Mohammadi ein. In einer Videobotschaft der IGFM appellierte sie vehement für ihre Freiheit einzutreten.**

## Iran ▶

Behörden warfen ihr „Versammlung und Durchführung von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“, „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Mitgliedschaft im Zentrum für Menschenrechtsverteidiger“ vor.

Im Oktober 2011 verurteilte sie das Islamische Revolutionsgerichts in Teheran sie zu 11 Jahren Haft. Die Strafe bestand aus zweimal fünf Jahren Haft für unterschiedliche Anklagen zu „Versammlung und Durchführung von Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ sowie einem Jahr für „Verbreitung von Propaganda gegen das System“. Nach internationalen Protesten, unter anderem von der IGFM, ließen die Behörden ein Berufungsverfahren zu. Ihr Anwalt wurde am 4. März 2012 informiert, dass das Revolutionsgericht am 15. Januar 2012 die Strafe auf sechs Jahre reduziert hat.

Durch die anhaltenden psychischen und physischen Misshandlungen während ihrer Gefangenschaft wurde Narges Mohammadi schwer krank, ihr wurde u.a. eine schwere neurologische Krankheit diagnostiziert. Sie wurde deswegen 2013 gegen Kautions aus dem Zanjan Gefängnis entlassen, um medizinische Behandlung in Anspruch nehmen zu können. Die Kautions betrug umgerechnet etwa 200 000 US-Dollar – eine nicht ungewöhnliche, aber für iranische Einkommensverhältnisse astronomische Summe. Die Islamische Republik knebelt auf diese Weise Andersdenkende, denn um eine solche Kautions aufbringen zu können, müssen Angehörige oder Freunde dem Staat ihre Wohnungen, Häuser oder Kanzleien verpfänden.

Bevor Mohammadis Behandlung aber abgeschlossen werden konnte, verhafteten die Behörden sie am 5. Mai 2015 erneut, weil sie sich weiterhin für Gleichberechtigung geäußert hatte. Einer der Gründe für ihre Festnahme war das erwähnte Treffen mit Catherine Ashton. Sie sitzt seitdem im Evin Gefängnis in Teheran, wo sich ihr gesundheitlicher Zustand weiter verschlechtert hat. Narges Mohammadi sollte ursprünglich am 3. Mai 2015 vor Gericht kommen, wegen „Geheimer Absprache“, „Versammlung



### Im Evin-Gefängnis: Narges Mohammadi, Trägerin des Menschenrechtspreises 2016 der Stadt Weimar.

gegen die nationale Sicherheit“ und „Mitgliedschaft in Step by Step to Stop Death Penalty“. Die Behörden verweigerten der Verteidigung lange Zeit die Akteneinsicht vollständig. Der Termin wurde dreimal verschoben – beim letzten Mal ohne Begründung und ohne Vereinbarung eines neuen Termins.

### Schlaganfall im Gefängnis

Narges Mohammadi hat am 7. Oktober 2015 einen Schlaganfall erlitten und wurde daraufhin in das Imam Khomeini Krankenhaus gebracht, jedoch bereits zwei Tage später in das Gefängnis zurückgewiesen. Als ihr gesundheitlicher Zustand sich weiter verschlechterte, wur-

**Unterstützen Sie den Appell der IGFM für die Freilassung von Narges Mohammadi. Appell-Listen können bei der IGFM-Geschäftsstelle bestellt werden.**

de sie am 11. Oktober 2015 in ein anderes Krankenhaus gebracht, wo sie 24 Stunden am Tag von drei Wachen überwacht wurde und an ihr Krankenhausbett angekettet war. Ihr Gesundheitszustand ist nach wie vor kritisch.

### Haftbedingungen

Im Evin-Gefängnis im Nordwesten Teherans wurden bereits während der Schah-Zeit politische Gefangene inhaftiert. Es ist bekannt für seine unmenschlichen Haftbedingungen. Laut Augenzeugenberichten werden die Häftlinge dort täglich erniedrigt, gedemütigt und gefoltert. Zudem ist das Gefängnis, das ursprünglich für 320 Personen ausgelegt ist, chronisch überbelegt. Im Januar 2012 waren angeblich rund 8 000 Häftlinge in der Haftanstalt untergebracht. Von den Gefängniswärtern erfährt Narges Mohammadi, wie viele andere politische Gefangene auch, besonders harte Behandlung. Obwohl sich ihre gesundheitliche Lage verschlechtert, wird ihr die nötige medizinische Betreuung systematisch verwehrt. Außerdem wird ihr der Kontakt mit ihren Kindern verboten, sie dürfen ihre Mutter nicht besuchen und seit sie in Frankreich wohnen auch keinen telefonischen Kontakt mehr herstellen.

### Schreiben Sie ins Gefängnis

Postkarten und Briefe an Gefangene sind ein wirksamer Schutz vor Misshandlungen und Folter. Oft führt eine hohe internationale Aufmerksamkeit auch zu anderen Verbesserungen der Haftbedingungen – in ihrem Fall hoffentlich zur dringend notwendigen medizinischen Behandlung. Außerdem hilft politischen Gefangenen das Wissen, in der Welt nicht vergessen zu sein. Deshalb: Schreiben Sie aufmunternde Worte direkt an Narges Mohammadi ins Evin-Gefängnis. Das Porto aus Deutschland (Brief International, bis 20g) beträgt 80 Cent.

### Haftadresse:

To Ms. Narges Mohammadi  
Evin Prison,  
Kachoui Alley  
Tehran Islamic Republic of Iran

Moldau ►

## Ein „gekapertes“ Land

Korruption und politisches Unvermögen erschüttern die Republik Moldau

**Dass die Republik Moldau ein bettelarmes Land ist, wissen wir „IGFMIer“ seit seinem tiefen Fall nach dem Ende des kommunistischen Sowjetsystems. Innerhalb des Sowjetsystems war die winzige Sowjetrepublik unter anderem ein wichtiger Weinlieferant für die Sowjetunion, also für knapp ein Fünftel der Erdoberfläche.**

Die Republik Moldau, nicht mal so groß wie Nordrhein-Westfalen, gehörte zu den wohlhabendsten Ländern der ehemaligen Sowjetrepubliken. Aber das ist lange her. Seit über zwanzig Jahren befindet sich das Land mit seinen knapp 3,2 Millionen Einwohnern wirtschaftlich in freiem Fall.

Moldau ist zum Armenviertel an der Außengrenze Europas geworden. Eine ganze Generation ist dort ohne elterliche Fürsorge aufgewachsen, weil die Eltern gezwungen waren, sich das Brot für ihre Familie im Ausland zu verdienen. Zehntausende von Frauen und Müttern verkauften ihre Arbeitskraft oder ihre Körper, allein um ihre Familie am Leben zu erhalten. Vielleicht erinnern Sie sich an das Krankheitsbild, das in Moldau entstanden ist, das „italienische Syndrom“. Moldauische Frauen, die jahrelang in Italien als billige Arbeitskräfte für Pflegefälle rund um die Uhr ausgebeutet wurden, die „unbrauchbar“ mit schwersten psychischen Schäden in ihre Heimat zurückkehrten.

Die Vorsitzende der Sektion Moldau Dr. Liubov Nemcinova hatte damals nach dem Zerfall der Sowjetunion ihre akademische Laufbahn beendet und sich allein dem demokratischen Aufbau ihrer Heimat verschrieben. Mit viel Enthusiasmus und Engagement hat sie eine Sektion der IGFM gründen, registrieren und aufbauen können. Die Menschenrechtsarbeit der IGFM-



**Viele Rentner erhalten Renten unter dem Existenzminimum und sind nicht in der Lage, die Rechnungen für Strom und Heizung zu zahlen. Es gab Fälle, in denen Menschen in ihren eigenen Häusern erfroren sind.**

Sektion Moldau lief auf allen Ebenen: Rechtsberatung für Arme (über 20 000 Fälle dokumentarisch festgehalten),

Humanisierung des Strafvollzugs, Hilfsprojekte für Frauen, Rechtsaufklärung für Aids-Kranke, Implemen-



**„Nach Fila(s)t - Plathotniuc in den Knast“ (Vlat Filat, ehem. Ministerpräsident wurde im Oktober 2015 im Zusammenhang mit dem Verschwinden von einer Milliarde Euro aus dem moldauischen Bankensystem inhaftiert; Vladimir Plahotniuc, Vors. der Demokratischen Partei und Oligarch wird als eigentlicher Drahtzieher des Milliarden Diebstahls vermutet.).**

## Moldau ►

tierung und Kontrolle von Gesetzen im Bereich der Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Rechtsaufklärung, Aufbau einer bürgerlichen Gesellschaft und vieles mehr. Die Sektion hat der IGFM in Moldau einen großen Namen gegeben, und wir haben sie dabei nach besten Kräften unterstützt.

Seit Jahren berichtet die IGFM-Sektion Moldau nicht nur von dem humanitären Trauma ihres Landes, sondern auch von der politischen Katastrophe. Sie warnt europäische und internationale Gremien, die die politische europäische demokratische Entwicklungsrichtung in Moldau lobten. Sie warnte Europa vor der Forcierung des Assoziierungsabkommens mit Moldau.

Die Sektion berichtete immer wieder über Korruption auf allen Entscheidungsebenen, von „Pseudo-Demokraten“, die EU-Finanzhilfen in ihre eigene Tasche wirtschafteten, von immer größerer Armut, von Menschenrechtsverletzungen wie Verfolgung von NGOs, polizeilicher Verfolgung (jeder zehnte Bürger!), Misshandlung und Folter in Haftanstalten, Rechtswillkür, fehlender Meinungs- und Pressefreiheit, von einem traumatisierten Land. Sie sprach von einem „sachwatschennoj stranje“, einem „gekaperten Land“, was sich im Deutschen nicht so einfach übersetzen lässt und soviel bedeutet wie dass alle politischen Einflussphären von privaten Interessengruppen, meist oligarchischen Strukturen, okkupiert wurden. Oder kurz mafiöse Gruppen das Land beherrschen.

Erschwerend zur Aneignung von einflussreichen Positionen sowie der Annektion ganzer Territorien (Transnistrien und Gagausien) innerhalb des ohnehin kleinen Moldaus, kommen äußere machtpolitische Einflussinteressen von Rumänien, Russland und den USA hinzu.

Das Bild, das die IGFM-Sektion über die letzten Jahre hinweg zeichnete, war so schwarz und so gegensätzlich zu dem der europäischen Entscheidungsgremien, dass selbst uns, obgleich wir



**Mehr und mehr wird die moldauische Katastrophe wahrgenommen. So musste Thorborn Jagland, der ehemalige Generalsekretär des Europarates, im letzten Jahr konstatieren, dass sich Moldau zu einer ernsthaften Gefahr für den gesamten europäischen Kontinent gewandelt habe.**

unseren Sektionen vertrauen und die Situation der postsowjetischen Länder gut kennen (s. auch unsere Dokumentation „Menschenrechtslage in der ehemaligen Sowjetunion“ als Download auf [igfm.de](http://igfm.de)), die Vorstellungskraft dafür nicht reichte.

Und doch war kein Wort der IGFM Sektion Moldau übertrieben. Im Gegenteil. Das letzte Jahr offenbarte



**Dr. Liubov Nemcinova, Vorsitzende der IGFM-Sektion in der Republik Moldau kritisiert Korruption und Staatsversagen.**

sich die moldauische Katastrophe in vollem Ausmaß und konnte nun vor europäischen und internationalen Gremien nicht mehr vertuscht oder beschönigt werden.

Vier Regierungswechsel und 5 Ministerpräsidenten innerhalb eines Jahres, systematischer Bankenbetrug in Milliardenhöhe, Schmiergelder in zweistelligen Millionenbeträgen, Mafiakämpfe auf der oberen Ebene und ein hungernes, ausgebeutetes, rechtloses Volk von gerade mal drei Millionen Menschen ganz am Boden. Von dort schafft es sich nun mit letzter Kraft auf die Straße, um um Hilfe zu schreien.

Wir alle wissen, dass die Europäische Union derzeit viele ernsthafte Probleme zu bewältigen hat. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass das kleine Moldau in den Hintergrund geraten war, dass man nur allzu gern hier ein europäisches Erfolgserlebnis gehabt hätte und dass das Ausmaß dieser Katastrophe einen irgendwie kalt erwischt hat. Doch gerade weil wir unseren kleinen, armen Nachbarn nicht mit entsprechender Sorgfaltspflicht wahrgenommen haben, ist es jetzt umso wichtiger, auf die Hilfeschreie aus Moldau zu reagieren.

*Dr. Carmen Krusch-Grün*



Gedenken an die Opfer des Genozids von Shingal im Nordirak.

## IGFM bei Gedenkkundgebung in Mainz

**Anlässlich des zweiten Jahrestages des Genozids im Irak (Shingal) an Jesiden, Christen und anderen Minderheiten durch Verbrecher des IS gedachten ca. 100 Teilnehmer in Mainz bei einer Kundgebung auf dem Ernst-Ludwig-Platz der Opfer.**

Aufgerufen dazu hatte die Ezidische Gemeinde Rheinland-Pfalz e.V. Viele in Deutschland lebende Jesiden, Vertreter des Vereins, der Christlich-Ezidischen Gesellschaft (CEG), der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte IGFM und der FDP-Politiker Tobias Huch erinnerten an den Geno-

## Karl Hafen geht - Dr. Martin Müller kommt

**Karl Hafen kam 1978 zur IGFM. Er war zunächst Mitgliederbetreuer, später Schatzmeister. Als unser Gründer Iwan Agrusow das Amt aus gesundheitlichen Gründen abgeben musste, wurde Karl Hafen 1994 Geschäftsführender Vorsitzender.**

In dieser langen Zeit hat er Außerordentliches für die IGFM geleistet – stets unterstützt von seiner Frau Wenche Hafen. Er hat sowohl die administrativen Aufgaben zuverlässig wahrgenommen als auch die inhaltliche Arbeit geprägt. Wichtigstes Anliegen war ihm stets der enge Kontakt mit unseren treuen Mitgliedern, Förderern und Unterstützern.

Nun geht Karl Hafen in den verdienten Ruhestand. Wir danken ihm auch an

dieser Stelle nochmals von Herzen für seine treuen Dienste und sein großes Engagement.

Mittlerweile hat Dr. Martin Müller die Geschäftsführung der IGFM übernommen.

Er wuchs in der Nähe von Köln auf und absolvierte dort eine Bankausbildung. In Köln und Marburg studierte er Betriebswirtschaftslehre mit einem Schwerpunkt in Entwicklungsökonomie. Wichtigste Stationen seither: Dozent an einer Wirtschaftshochschule in Indonesien, Promotion in Wirtschaftswissenschaften, Lehrer an einer Wirtschaftsschule sowie Geschäftsführer bzw. Verwaltungsleiter verschiedener gemeinnütziger Organisationen.



Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dr. Martin Müller und wünschen ihm und der IGFM eine gute gemeinsame Zeit.

*Edgar Lamm*

zid am 3. August 2014 und das ungeklärte Schicksal von mehr als 3000 verschleppten jesidischen Frauen und Mädchen, die noch immer von der Terrororganisation als Sklavinnen missbraucht, vergewaltigt und schrecklich misshandelt werden und forderten mehr Aktivitäten zum Schutz der Frauen durch die Politik. Teilnehmer zeigten Schilder auf denen zum Beispiel stand „Gebt verschleppten Mädchen und Frauen ein Gesicht und eine Stimme“.

### Traumatisierten IS-Opfern helfen

Karl Hafen, scheidender Geschäftsführer der IGFM schilderte das Martyrium einer Jesidin bis zu ihrer Flucht aus der Gewalt des sogenannten IS. Das zu verarbeiten sei nur schwer und ohne professionelle psychologische Hilfe kaum zu bewältigen.

IGFM-Vorstandsmitglied Carmen Jondral-Schuler appellierte an Ministerpräsidentin Dreyer, in Rheinland-Pfalz ein Sonderkontingent Flüchtlinge einzurichten, in dem traumatisierten Frauen und Mädchen geholfen werden könnte.



Das neu gewählte Präsidium des Internationalen Rates der IGFM. Von links nach rechts: Schatzmeister Karl Hafen (Deutschland), Generalsekretär Prof. Marat Zakhidov (Usbekistan), Präsident Prof. Dr. mult. Thomas Schirmmacher (Deutschland) sowie die fünf Vizepräsidenten Dr. Liubov Nemcinova (Moldau), Simone Schlegel (Schweiz), René Gomez Manzano (Kuba), Dr. Haydee Marin (Lateinamerikanisches Komitee) und Marie Gerrard (Australien).

## „Es ist mir eine Ehre, Tausende Menschenrechtler weltweit repräsentieren zu dürfen“

**IGFM-Vertreter aus sechs Kontinenten trafen sich im Rahmen der Jahresversammlung der deutschen IGFM-Sektion in Bonn und wählten im Anschluss daran, am 10. April 2016 den Vorstand des Internationalen Rates der IGFM neu.**

Prof. Dr. mult. Thomas Schirmmacher wurde einstimmig und ohne Enthaltungen im Amt bestätigt. Anlässlich seiner Wiederwahl durch die Sektionen für die Wahlperiode 2016 bis 2020 richtete er einige Gedanken an die Delegierten:

Es ist mir eine Ehre, viele Tausende ehrenamtlicher Menschenrechtler, die sich in unseren nationalen Sektionen auf allen Kontinenten zusammengeschlossen haben, weiterhin öffentlich vertreten zu dürfen. Gibt es etwas Edleres, als für Menschen sprechen zu dürfen, die – oft unter großen Opfern und Gefahren – das Wohlergehen Anderer zu ihrem Lebensthema gemacht haben?

Soeben durfte ich auf der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Heilbronn über „Menschenrechte in der einen Welt“ sprechen. Vor nicht allzu langer Zeit sprach ich vor 28.000 Ahmadiyya-Muslimen in Karlsruhe über dasselbe Thema. Vor dem Brasilianischen Obersten Gerichtshof durfte ich vortragen, wieso Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit für eine moderne Demokratie unabdingbar sind. In Georgien diskutierte ich kürzlich mit dem Ministerpräsidenten, warum Menschenrechte der Entwicklung eines Landes förderlich sind. Ich könnte mir keine schönere Aufgabe vorstellen, auch wenn der Anlass, die massenhafte Verletzung der Menschenrechte weltweit, doch sehr traurig ist.

Der Name „Menschenrechte“ ist genial, kann man aus ihm doch die wichtigsten Kennzeichen der Menschenrechte ableiten.

Menschenrechte sind universal, sie gelten eben für alle „Menschen“.

Menschenrechte sind individuell, da es den „Menschen“ eben nur als einzelnen „Menschen“ gibt.

Menschenrechte sind aber auch sozial, da es nie nur einen Menschen gibt, sondern immer nur die „Menschen“ und die Rechte für alle zugleich gelten. Menschenrechte sind egalitär, weil sie sich aus dem allen gleichen Menschsein ableiten, nicht aus etwas, das Menschen unterscheidet oder verliehen wird.

Menschenrechte sind vorstaatlich, weil das Menschsein allem anderen vorausgeht.

Menschenrechte sind einklagbar, sind also nicht nur Feststellungen, Appelle oder Forderungen, sondern eben „Rechte“.

Menschenrechte sind unteilbar, weil eben die Menschen selbst unteilbar sind und der Mensch im Mittelpunkt steht, nicht ein System oder eine Ideologie.

Menschenrechte sind notstandsfest, da der Mensch auch in schlimmsten Lagen oder auch als Straftäter Mensch bleibt.

*Thomas Schirmmacher*

IGFM-DELEGATION IN LETTLAND

## „Wir wären ohne NATO nicht sicher“ Sorge vor dem Nachbarn Putin

**Eine Delegation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und des Bundes der Vertriebenen hielt sich kürzlich zu einem offiziellen Besuch in Lettland auf.**

Neben Solvita Aboltina, Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im lettischen Parlament und ehemalige Parlamentspräsidentin, standen unter anderen der Bürgermeister der lettischen Hauptstadt Riga Nils Usakovs, zugleich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, sowie die ehemalige Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma auf dem Programm.

Solvita Aboltina steht auf der „Schwarzen Liste“ Russlands. Das heißt, sie würde von den russischen Behörden keine Einreiseerlaubnis bekommen. Das darf Frau Aboltina durchaus als Auszeichnung empfinden. Mit ihr stehen 88 weitere westeuropäische Politiker auf dieser seit Mai 2015 geltenden Liste. Es handelt sich um Persönlichkeiten, die der russischen Politik kritisch gegenüberstehen, also zum Beispiel die Annexion der Krim und die Einmischung in der Ost-Ukraine verurteilen sowie die Menschenrechtsverletzungen in Putins Reich deutlich ansprechen.

Alle drei Politiker, wiewohl unterschiedlichen Parteien angehörend, betonten die Wichtigkeit von NATO und EU für Lettland. Die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen sind seit 2004 Mitglied der beiden Staatenbündnisse.

„Wir wären ohne die NATO nicht sicher, ob wir unsere Unabhängigkeit bewahren könnten“, unterstrich Ministerpräsidentin a. D. Straujuma. Bezug nehmend auf die Krim und die Ostukraine betonte sie, dass es im 21. Jahrhundert nicht akzeptiert werden könne, dass sich ein Staat Teile eines anderen Staates aneigne. Zu den Wirtschaftssanktionen meinte sie: „Wir müssen eine Reaktion zeigen, auch wenn Lettlands Wirtschaft leidet.“

Alle drei Politiker befürworteten die Stationierung von NATO-Truppen in Lettland bzw. im Baltikum.

### Lange Zeit der Okkupation

Wer Lettland besucht, sollte in jedem Fall Station im Okkupationsmuseum und im KGB-Gebäude in Riga machen. Dort traf die IGFM-Delegation in Prof. Dr. Valters Nollendorfs eine wahrhaft historische Figur und einen wichtigen Zeitzeugen.

Auf der Flucht vor der Roten Armee hatte er 1944, als 13-Jähriger, seine Geburtsstadt verlassen. 1945 – 1949 besuchte er das Lettische Gymnasium Greven bei Münster. 1951 ging er zum Studium in die USA. Dort lehrte er 1961 – 1995 als Germanistik-Professor an der Universität Wisconsin. Nach der Pensionierung kehrte er 1996 zurück nach Riga, um den Vorstandsvorsitz des Okkupationsmuseums zu übernehmen, den er bis heute innehat.

Das Museum dokumentiert die dreifache Besetzung Lettlands im vorigen Jahrhundert:

- Im Juni 1940 durch die Sowjetunion
  - Im Juni 1941 durch das Deutsche Reich
  - Im Juli 1944 durch die Sowjetunion
- Es zeigt den verhängnisvollen Hitler-Stalin-Pakt mit dem Geheimen Zusatz-



**Freiheitsdenkmal in Riga.**

protokoll vom 23. August 1939, der die drei baltischen Staaten der Sowjetunion auslieferte. Auch die rund 60 000 Baltendeutschen mussten ihre Heimat unmittelbar nach Abschluss des Paktes verlassen.

Die Massendeportationen nach Sibirien werden ausführlich dokumentiert. Eine große Karte zeigt die über die ganze Sowjetunion verteilten Gefangenenlager des Archipel Gulag. Eine Zeichnung aus dem Jahre 1941 illustriert einen mit Häftlingen überfüllten Güterwaggon.

Beunruhigend ist, dass Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion bis heute nicht die Rechtswidrigkeit der seinerzeitigen Annexion der baltischen



**Die IGFM Delegation mit Ministerpräsidentin a.D. Laimdota Straujuma.**

## IGFM ▶

Staaten anerkennt. Die Parallelen zur Krim-Annexion sind unübersehbar.

Erst 1991 konnte Lettland seine volle Unabhängigkeit wieder erlangen. Die Letten wollen das 50-jährige Martyrium der Okkupation nicht vergessen. Das Okkupationsmuseum hat deshalb für sie einen hohen Stellenwert, was auch daran deutlich wird, dass es häufig Teil des offiziellen Programms im Rahmen von Staatsbesuchen ist. Unweit des Okkupationsmuseums befindet sich das ehemalige KGB-Gebäude. Heute ebenfalls ein Museum erinnert es an die zahlreichen Opfer des sowjetischen Geheimdienstes während der Besetzung Lettlands. Bei der Besichtigung der Zellen und des Hinrichtungsraums ist das Grauen auch jetzt noch spürbar.

### „Wir sind eine deutsche Stadt“

So begann Bürgermeister Nils Usakovs die Vorstellung Rigas in Erinnerung an die jahrhundertelange deutsche Tradition im Baltikum. Riga ist mit 700.000 Einwohnern die größte Stadt des Baltikums. Ein Drittel der zwei Millionen Letten lebt in der Hauptstadt.

Usakovs ist russischer Abstammung und mit einer Lettin verheiratet. 27 % der Letten haben russische Vorfahren. Entgegen manch anderem Kommentar sieht Usakovs darin kein sehr großes Problem. Im Alltag gebe es wenig Konflikte. Die russischen Medien hätten großen Einfluss in Lettland. Genau dies wurde von anderen Gesprächspartnern als bedenklich charakterisiert.

Der Bürgermeister kann mit Recht stolz sein auf seine Stadt. Riga macht einen durch und durch sympathischen und sicheren Eindruck. Dem Besucher aus dem Westen fällt auf, dass es dort keine No-go-areas gibt.

Seiner wunderbaren Altstadt hat Riga seit 1997 einen Platz auf der Weltkulturerbeliste der UNESCO zu verdanken. 2014 war Riga Kulturhauptstadt Europas.

### Deutsch-Lettische Zusammenarbeit

Während der Sowjetzeit war die deutsch-baltische Geschichte tabu. Dieser gemeinsamen Geschichte widmet sich



### Der Archipel Gulag.

heute das Deutschbaltisch-Lettische Zentrum in Riga mit seiner rührigen Geschäftsführerin Nora Rutka. Hier werden regelmäßige deutsch-lettische Begegnungen organisiert und die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern gepflegt.

Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Lettland fördert die Kooperation auf Kirchengemeindeebene zwischen Deutschen und Letten. Sie hält regelmäßig Gottesdienst in der Jesus-Kirche in Riga.

Der humanitären Zusammenarbeit widmet sich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Während

des Aufenthaltes ihrer Delegation kam gerade der 94. Hilfstransport (seit 1991!) der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich in der Kreisstadt Tukums an.

Einen besonderen Dank richtete die Delegation an den Gründer der IGFM-Sektion Lettland Peteris Lazda und seine Familie. Gleich nach Erreichen der Unabhängigkeit 1991 wurde er für die IGFM aktiv. Die IGFM hatte sich während der Sowjetzeit für ihn eingesetzt als er politischer Häftling war. Lazda war eines der Opfer des berüchtigten Missbrauchs der Psychiatrie zu politischen Zwecken in der ehemaligen Sowjetunion.

*Edgar Lamm*



IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm mit der christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Solvita Aboltina.

## VILLINGEN-SCHWENNINGEN

**Den Fängen des Islamischen Staat (IS) entronnen**

**Die heute 20jährige Jesidin „Shirin“ ist eine Jesidin aus dem Nordirak. Beim Vormarsch des Islamischen Staates (IS) geriet sie am 3. August – wie tausende andere Jesiden – in die Gefangenschaft der Islamisten.**

Sie überlebte ein Martyrium aus Missbrauch und Gewalt, wurde freigekauft und hat inzwischen in Deutschland Schutz gefunden. Die IGFM steht seit ihrem Freikauf mit ihr in engem Kontakt. Anders als fast alle anderen Opfer des Islamischen Staates, ist sie bereit, über die Grausamkeiten des IS und ihre Erlebnisse zu berichten.

Auf Einladung der Schulleitung berichteten Shirin und IGFM-Mitarbeiter Khalil Al-Rasho zusammen mit IGFM-Schatzmeister Heinz Ernst vor den Abiturienten des Gymnasiums Trossingen. Sie berichtet nicht alles – denn was sie erlebt hat, lässt sich nicht in zwei Stunden wiedergeben. Vieles lässt sich überhaupt kaum wiedergeben. Wie sie die Erlebnisse nach wie vor erschüttern, spürt man am Klang ihrer Stimme, an ihrer Körperhaltung, ihrem Blick.

Viele Male wird sie von islamischen „Mudschahedin“ missbraucht. Von einem ihrer Peiniger wird sie schwanger. Sie erzählt wie sie im März 2015 sich in einem Hinterhof im Islamischen Staat (IS) auf den Rücken legt. Mit Ziegelsteinen schlägt sie sich auf den Bauch. Immer und immer wieder. So lange, bis sie die Schmerzen nicht mehr ertragen kann. Dann geht sie zur Toilette. Sie blutet aus dem Unterleib und erleidet eine Fehlgeburt in die Toilettenschüssel. "Ich konnte sehen, dass es ein Junge war".

Shirin stammt aus dem Dorf Hardan im Nordirak nahe der syrischen Grenze. Länger als ein Jahr hielten Islamisten des Islamischen Staates sie gefan-



**Shirin (am Tisch rechts neben IGFM-Schatzmeister Heinz Ernst) ist bereit, sich immer wieder neu zu überwinden und Rede und Antwort zu stehen – hier bei einer IGFM-Veranstaltung in Villingen-Schwenningen. Die meisten anderen Opfer des Islamischen Staates sind so schwer traumatisiert, dass sie höchstens unter vier Augen mit einer Vertrauensperson über das Erlittene sprechen können.**

gen. Noch immer erdulden tausende Jesiden dasselbe Schicksal. Tausende andere wurden ermordet, darunter kleine Kinder. Der IS rechtfertigt diese Verbrechen mit Verweis auf das Islamische Recht und auf den „Unglauben“ seiner Opfer.

Noch immer hat Sie Angst vor den Islamisten, die ihr Leben, ihre Familie

und ihre Zukunft zerstört haben. Ihr Vater lebt in einem Flüchtlingslager und eine Schwester bei ihrem Ehemann im kurdischen Nordirak. Ihre Mutter, ihre zwei jüngeren Brüder und ihre kleinen Schwestern sind dagegen noch immer in den Fängen des Islamischen Staates. Die Sorge um sie macht sie fast wahnsinnig.



**Die Abiturienten, die Shirins Bericht hörten, sind selbst im gleichen Alter wie Shirin. Sie wurde mit 18 Jahren vom Islamischen Staat verschleppt, als sie selbst Abiturientin war.**

Die IGFM fragte sie, was sie sich von Bundesregierung und von Nichtregierungsorganisationen wie der IGFM wünscht: „Ich wünsche mir nur, dass die anderen Gefangenen freikommen. Das ist das Wichtigste. Momentan bin ich frei, aber ich fühle mich, wie im Gefängnis weil 23 Menschen aus meiner Familie noch beim IS gefangen gehalten werden. Mein Wunsch und meine Bitte ist: Rettet die anderen Gefangenen! Ich bete dafür, dass die Situation wieder so wird, wie sie vor dem IS war. Ich will mein normales Leben wiederhaben. Ich bin so froh, dass ihr da seid und mir helft.“ Die IGFM hilft, dass ehemalige Sklavinnen legal den Irak verlassen können

Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen eines Sonderprogramms 1.000 Frauen und Mädchen wie Shirin, die vom Islamischen Staat versklavt wurden, Aufnahme in Deutschland gegeben. Außerdem ihren Kindern – sofern sie Kinder haben und diese die Sklaverei überlebt haben. Bisher sind 1.100 Frauen und Kinder aufgenommen worden. Obwohl das Kontingent ausgeschöpft ist, werden über Ausnahmeregelungen weiter einzelne ehemalige Sklavinnen aufgenommen. Auch Niedersachsen hat inzwischen 60 von ihnen aufgenommen. Sie sollen die Chance erhalten, mit Therapien ihre Traumata zu überwinden. Ein Sonderbleiberecht soll ihnen Möglichkeiten eröffnen, ein selbstbestimmtes neues Leben zu beginnen. Die überwiegende Zahl der bisher aufgenommenen Frauen sind Jesidinnen, aber es gibt auch sehr vereinzelt Christinnen und Schiitinnen, die von IS-Kämpfern missbraucht und ausgebeutet wurden.

Die IGFM hatte zuvor bei zahlreichen Entscheidungsträgern für eine solche Möglichkeit geworben. Immer noch sind über 3.000 Frauen und Mädchen in der Hand des IS. Und daher wirbt die IGFM weiterhin dafür, dass auch andere Bundesländer diesen besonders gequälten Frauen Schutz und medizinische Hilfe anbieten.

## Selbsthilfverein für Diabetes- und Krebskranke



Maya Caspari und Dr. med. Dan vom Selbsthilfverein Mediasch.

**Vor 26 Jahren gründeten Mitglieder der IGFM in Mediasch in Rumänien mit Unterstützung von Mitgliedern der deutschen und österreichischen Sektion einen Selbsthilfverein für Krebs- und Diabeteskranke. Behinderte, wozu auch die dauerhaft Kranken zählten, beschädigten nach Auffassung des sozialistischen Regimes unter Diktator Ceausescu die Bilanz der propagierten Überlegenheit des Sozialismus und Kommunismus; sie sollten daher in der Öffentlichkeit am besten nicht zu sehen sein.**

Entsprechend bestimmten Gesetze, dass Behinderte zuhause von ihren Angehörigen zu pflegen und zu versorgen waren. Und für nicht wenige gab es einfach keine Prothesen, keine Medikamente, ja sogar keine Hilfen.

In den 70er und 80er Jahren stieg die Zahl der individuellen Hilferufe aus Rumänien kontinuierlich. Tausende Pakete bestellten Privatpersonen im Auftrag der IGFM bei Staatshandelsfirmen wie Alimex, aber auch bei dem deutschen Vertragspartner Quelle, und anderen, die die Zustellung von von der Regierung zugelassenen Waren zu übersteuerten Preisen garantierten. Ein System zur Kontrolle seiner Bürger, wer was von wem aus dem Ausland erhielt und zu wem er Kontakt pflegte.

Aber es war die einzige Möglichkeit, gezielt da zu helfen, wo Hilfe vonnöten war. Eine Sicherheit gab es für die Spender in Deutschland: Für Pakete, die nicht ankamen, gab es eine finanzielle Entschädigung, wenn man die Pakete zusätzlich dagegen versichert hatte. Unmittelbar mit der Wende schickte die IGFM Hilfsgütertransporte. Eine Zieladresse war Maja Caspari in Mediasch, die uns von ihrem Projekt berichtete, einen Verein von Behinderten gründen zu wollen, der anderen Behinderten helfen will.

Doch wo kein Gesetz, da keine Erfahrung und vor allem Schikanen. Es gab kein Gesetz über Vereine, das musste erst erlassen werden. Die Hilfsgütertransporte brachten bereits Pakete und Medikamente, als der Zoll und andere Behörden darin nur Steuerquellen und die Beamten Quellen der privaten Bereicherung sahen, wenn sie statt der einen oder anderen Schikane ein Auge zudrückten.

Das Projekt indes war nicht aufzuhalten. Die Behinderten, die sich schon längst auf die Straße gewagt hatten, mieteten ein Haus und richteten sich ein. Spenden der IGFM – insbesondere der Arbeitsgruppe in Wittlich – sicherten einem Arzt, einer Apothekerin ein bescheidenes Einkommen. Es konnte eine Apotheke und eine Diätküche ein-

gerichtet werden, die schon bald zur Lehrküche für Angehörige der Behinderten wurden, die ihre Angehörigen zuhause pflegten. Im Tausch für Medikamente, die die IGFM und andere Organisationen brachten, „kaufte“ der kleine Verein Liegezeiten im örtlichen Krankenhaus für OPs oder spezielle Behandlungen. Und irgendwann war ein Gesetz da, das es erlaubte, offiziell Vereine zu gründen. Der kleine „Krebs- und Diabetes-Verein“ spielte bei der Entwicklung dieses Gesetzes eine nicht unmaßgebliche Rolle.

Die IGFM empfiehlt weiterhin die Unterstützung dieses Vereins, dem heute fast 1000 Mitglieder – Behinderte, Angehörige und Förderer – angehören.

### Bericht für das Jahr 2015

Unser Verein ist eine N.G.O. und besteht seit Januar 1990 bis heute. Im September 2013 wurde uns von der Rumänischen Regierung laut Regierungsbeschluss 1154 der Titel Gemeinnützigkeit verliehen. Laut geltendem Gesetz haben gemeinnützige Vereine eine Reihe von Rechten und Pflichten. Im Jahre 2015 wurden folgende Arbeiten unternommen:

In unserer Arztpraxis, die mit zwei Ärzten und 2 Assistentinnen besetzt ist wurden 344 klinische Untersuchungen und 2057 Laborteste durchgeführt. Außerdem wurden 41 Hämoglobinteste durchgeführt. Am 14. November, zum Welttag des Diabetes, wurden 41 Blutzuckerteste durchgeführt. Zur Information und Erziehung der Patienten fanden 201 Gespräche statt.

Im Rahmen des Vereins boten wir in unserer Lehrküche 5 Lehrgänge zur Beachtung der diätetischen Ernährung an. Es nahmen 28 Personen teil.

Aus der vereinseigenen Apotheke erhielten unsere Patienten kostenlos Medikamente laut 1833 Rezepten. Für bettlägerige Patienten verteilten wir Windelpakete, Tampons und Bettunterlagen, medizinisches Pflegematerial in Form von Mullbinden, Kompressen,

Pflaster, Harnbeutel, Kolostomiebeutel, elastische Binden, Stützstrümpfe, Gummihandschuhe, Brustprothesen, Brillen. Die Vereinsmitglieder haben 413 Pakete von je 10-11 kg als Spende erhalten, sowie 2 Kinderwagen. Wir vermieten gegen eine kleine Summe 5 Pflegebetten für Schwerkranke, 2 WCStühle, 6 Rollatoren, 4 Rollstühle. Seit einigen Jahren haben wir diese Kleinstmieten eingeführt um eine genaue Evidenz der verliehenen Hilfen zu haben.

Außer unseren Vereinsmitgliedern wurden dem Blindenverein Mediasch 100 Säcke mit Kleidung und Bettzeug gespendet. Dem Munizipalkrankenhaus Mediasch spendeten wir Harnsonden, Harnbeutel, Kolostomiesäcke, Insulinspritzen, und andere medizinische Geräte.

Im November 2015 erhielten wir von der IGFM-Arbeitsgruppe Wittlich einen Hilfstransport von 15 to.

Zur Kontrolle der Blutzuckerwerte erhielten unsere Vereinsmitglieder 15 Testgeräte. Im Rahmen des nationalen Diabetesprogramms bekommen die Patienten 100 Blutzuckerteste. Außerdem wird Ihnen die Insulinbehandlung kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 2015 stellten wir einen Antrag zur Finanzierung der Folgekrankheiten der Diabetes an den Südtiroler Verein“ Hungerhilfe Bosnien „Es wurden uns

11.000 Euro zur Verfügung gestellt. In dieses Projekt wurden 42 Personen mit schweren Folgekrankheiten aufgenommen. Im Rahmen dieses Projektes werden die Patienten untersucht und im Lauf von 12 Monaten zielgerecht behandelt.

Da die Preise der benötigten Medikamente sehr gestiegen sind, haben die zu Anfang eingekauften Medikamente nicht zur Abdeckung der Behandlungen gereicht. So haben wir im Juli 2015 im Rahmen des Projektes für 48271.61 Lei Medikamente gekauft. Im Mai 2016 war es notwendig, für 13488.43 Lei weitere Medikamente zuzukaufen, damit das Programm zu Ende geführt werden konnte.

Laut geltendem Gesetz ist es Humanitären Vereinen erlaubt, 10 % der Hilfsgüter zur Eigenfinanzierung zu verkaufen. Um ein Mindesteinkommen zu sichern, haben wir einen Fundus von über 600 Kostümen, die um eine kleine Miete verliehen werden.

Die Stadtverwaltung hat uns für die Arbeit kostenlos Räume zur Verfügung gestellt.

Wir hoffen dass unsere Arbeit der Bevölkerung unserer Stadt im Laufe von mehr als einem Vierteljahrhundert einen wahren Nutzen gebracht hat.

Präsidentin Maja Caspari  
Selbsthilfverein für Diabetes und Krebs-Mediasch Rumänien



**Seminar über Hauspflege für Helfer und für Angehörige.**

# Augenzeugenberichte über den Völkermord in Bosnien

Die Synagoge in Wittlich sei bewusst von ihm gewählt worden, als er die Idee für die Veranstaltung hatte, die am 15. April 2016 stattfand, sagte Bürgermeister Joachim Rodenkirch in seiner Begrüßung und erinnerte an den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in der Nazizeit in Deutschland.

Mirsad Duratovic und Mirveta Mrkalj-Durben hätten den Genozid im Jahre 1992 in Prijedor in Bosnien nur knapp überlebt. Dies alles habe vor den Augen der Weltöffentlichkeit stattgefunden.

Die beiden Augenzeugen schilderten ihre grausamen Erlebnisse abwechselnd. Mirsad Duratovic, Präsident des Vereins Prijedor 92, der sich heute für die Aufarbeitung der Verbrechen und die Entdeckung der Massengräber einsetzt, schilderte seine dramatischen Erlebnisse als serbische Milizen und Polizisten sein Dorf überfielen und an diesem Tag viele seiner engsten Familienangehörigen, darunter sein 15-jähriger Bruder, ermordet wurden. Er berichtete aber auch über seine Arbeit heute, Massengräber aufzuspüren, die Opfer würdevoll zu bestatten und ihnen zu gedenken.

## Den Opfern eine Stimme geben

Die Autorin Mirveta Mrkalj-Durben las zwischendurch Passagen aus ihrem Buch "Mama, hier gibt es Licht", das sie geschrieben hat, um den Opfern eine Stimme zu geben. Vor allem ihr letzter fiktiver Brief an den ermordeten Ehemann ging unter die Haut.

Sie hatte ihn einen Tag vor dessen Beerdigung geschrieben, viele Jahre nach dem Genozid, als man seinen Leichnam in einem Massengrab ent-



**Die Augenzeugenberichte über den Völkermord in Prijedor in Bosnien in Herzegowina und die Lesung aus dem Buch "Mama, hier gibt es Licht" fesselten die Besucher. V.l.n.r.: Der Wittlicher Bürgermeister Joachim Rodenkirch, Mirveta Mrkalj-Durben, Mirsad Duratovic, IGFM-Ehrenpräsidentin Katrin Bornmüller und IGFM-Vorstandsmitglied Carmen Jondral-Schuler.**

deckte. Sie drückte es so aus: An dem Tag sei ihre Trauer volljährig geworden.

Die Anwesenden hörten gebannt und betroffen zu und konnten nach der Veranstaltung mit den Augenzeugen ins Gespräch kommen. Dass Mirsad Duratovic und Mirveta Mrkalj-Durben trotz der erschütternden Erlebnisse so positiv und stark wirken, ist bemerkenswert.

## Bis heute erinnert kein Mahnmal an den Völkermord

Die Ehrenvorsitzende der IGFM, Katrin Bornmüller, berichtete von ihrem Besuch in Bosnien und Herzegowina im letzten Jahr und kritisierte, dass es bis heute kein offizielles Mahnmal für die bosnischen und kroatischen Opfer des Völkermordes gäbe.

## Petition zum Völkermord durch den IS heute

Zum Abschluss machte IGFM-Vorstandsmitglied Carmen Jondral-Schuler auf den aktuellen Genozid an der Religionsgemeinschaft der Jesiden, Christen und anderer Minderheiten in Syrien und dem Irak aufmerksam und bat um Unterstützung für eine Petition zur Errichtung eines Kriegsverbrechertribunals gegen den IS, den die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte als weltweite Kampagne initiiert hat.

Die unterschriebenen Petitionen sollen in Genf an die Vereinten Nationen übergeben werden. Weitere Informationen dazu finden sich auf der Homepage der IGFM:

[www.menschenrechte.de/is-tribunal](http://www.menschenrechte.de/is-tribunal)

**Fortsetzung von Seite 19**

Nach vier Monaten hatte er genug von mir. Er verkaufte mich an Abu Jihad Al-Libi, einen Libyer. Er hat sofort versucht, mich zu vergewaltigen, aber ich gehorchte nicht. Er sagte, dass ich wählen könne: Ich tue, was er will oder er tötet ein Kind. Ohne, dass ich hätte wählen können, verprügelte er mich mit einem Holzknüttel und vergewaltigte mich. (...)

Abu Jihad Al-Libi (...) ließ mich die Kleine nicht stillen. Er sagte, dass er keinen guten Sex haben könne, wenn ich stille. Die älteren Kinder hatte er weiter in den Räumen eingeschlossen. Ich flehte ihn an, dass die kleine Tochter wenigstens bei mir schlafen könnte. Aber er nahm das Kind, schloss es in einen Schrank ein und ließ den Schrank bis zum nächsten Morgen zu. Die Kleine weinte und rief ‚Mama, Mama‘. Ich flehte ihn an, das Mädchen freizulassen. ‚Du musst meine Füße küssen und ... [verlangte eine sexuelle Abarbeitung] dann lasse ich das Kind aus dem Schrank. Ich habe getan, was er verlangte. Er öffnete den Schrank und das Kind sprang auf meine Brust, saugte etwas Milch und biss sich in meiner Brust fest. ‚Mach dich sauber, und dann kommt es wieder in den Schrank‘, war seine Reaktion. Ich sah, wie die Kleine so durchnässt

war, dass die Haut nicht nur wund war, sondern sich an einigen Stellen vom Fleisch gelöst hatte.

Er sagte, dass er weg und seinen Lohn verdienen müsse. Das würde eine Woche dauern. Solange wollte er das Mädchen in den Schrank einsperren. Ich flehte ihn an, dass ich alles mit ihm und für ihn tun würde. (...) Er warf es in ein Zimmer und verriegelte es. Durch ein Loch in der Wand sollte ich das Kind sehen können, aber ich konnte die Kleine nicht erreichen. Ich rief den Nachbarn, einen Türken, um eine Lösung zu finden, das Mädchen sauberzumachen. Doch ihm war es egal ‚Wir haben nichts mit Euch zu tun‘, war seine Antwort. Und die Kleine rief ständig weiter nach mir. Als sie schon den dritten Tag in dem Zimmer eingesperrt war, ohne etwas zu essen und zu trinken zu bekommen, habe ich mit meiner älteren Tochter versucht, den Riegel aufzuschieben, aber da war ein weiterer Riegel. Ich schaffte es, durch einen kleinen Spalt etwas Wasser hinzuhalten, aber die Kleine trank nicht und griff auch nicht nach dem Reis, den ich ihr zugeschoben hatte. Die Kleine hatte schon die Gesichtsfarbe gewechselt. Schließlich bäumte sie sich auf und griff doch nach dem Reis, der sich schon mit Kot und Dreck vermischt hatte. Dann kam

Abu Jihad zurück. Er öffnete den Raum und sah das eingeschmutzte Kind und seinen Zustand. Ich durfte das Kind waschen. Doch dann nahm er es mir wieder ab und steckte es in den Schrank. Ich musste mich waschen und duschen, und dann fiel er wieder über mich her. (...)

An diesem Tag erhielt Abu Jihad Besuch von Abu Massad. Vorher riss er meinem Sohn die Kleidung vom Leib und zerrte ihn in die Toilette und drückte ihn hinein; mein kleines Mädchen schloss er wieder in den Schrank. Zu Abu Massad sagte ich klare Worte, was für ein Unmensch Abu Jihad sei. Daraufhin droht er, mir meine sechs Jahre alte Tochter Angie wegzunehmen und zu verkaufen. Er ging zur Toilette und urinierte auf den Kopf meines Sohnes. Dann kam er zurück und verlangte Beischlaf. (...)

‚Das Leben Deiner Kinder ist nichts wert, sie sind die Kinder eines Ungläubigen. (...) Darum kann ich sie jederzeit töten. Sie sind kein Verlust. Wenn ich das Mädchen töte, gehe ich ins Paradies‘. Die Kleine steckte er wieder in den Schrank. Die beiden anderen Kinder sperrte er wieder getrennt in Zimmer ein. (...)

Er zwang mich, mit nach Shingal zu gehen und die Kinder allein zu lassen. (...) Sieben Tage waren die Kinder allein, dann kehrten wir nach Telafar zurück. Die kleine Tulei hatte nur noch schwachen Pulsschlag. Die beiden anderen Kinder hatten irgendetwas zu essen gefunden; sie waren schwach, aber sie reagierten. Ich nahm die kleine Tulei fest an meinen Körper und habe laut geweint und warf Erde nach ihm. Daraufhin entriss er mir das Kind und tauchte es mit dem Kopf zweimal in einen Bottich mit Wasser. Er schlug mit der Faust brutal auf das Kind ein, bis ein Augapfel platzte. Dann warf er das sterbende Kind mit Wucht auf den Boden. Er kümmerte sich nicht weiter darum und sagte, ich solle ihm einen Kaffee machen. ‚Wie kann ich Kaffee machen, während mein Kind stirbt?‘

‚Wenn es tot ist, beerdige ich es hier in diesem Haus und keiner fragt danach. Es ist Allahs Wille, nun ist es kein Kind eines Ungläubigen mehr.‘ (...)



**Kämpfer des Islamischen Staates (IS) versklaven systematisch gefangene Frauen und Mädchen und missbrauchen sie. Unter den Opfer sind auch Mädchen, die deutlich jünger als 10 Jahre sind oder waren. Das Bild zeigt mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch eine Szene aus dem jährlich stattfindenden schiitischen Aschura Fest.**

# Woran der arabische Frühling scheiterte

## Ägypten während und nach der Arabellion

**Im Jahr 2011 ging ein Beben durch die Arabische Welt: Millionen Menschen erhoben sich gegen ihre Diktatoren, ihre verkrusteten, korrupten Regime, gegen Kleptokratie, Polizeiwillkür, Folter und für Würde, Freiheit und eine Perspektive.**

Die IGFM berichtete damals von Anfang an – schon als sich die Unzufriedenheit zuspitzte und bevor die „Revolution der Würde und Freiheit“ wie die „Arabellion“ im Arabischen oft genannt wird, ausbrach. Der Aufstand gegen General Mubarak auf dem Kairoer Tahrir-Platz hielt die Welt in Atem. Eine neue, demokratische Zukunft schien greifbar. Muslime und Christen verbrüdereten sich spontan. Alles schien möglich.

### Zwischen Bürgerkrieg und Restauration

Und heute? Von Tunesien abgesehen, sind die Hoffnungen bitter enttäuscht worden. Syrien, Jemen, Libyen versanken in Bürgerkriegen und im mit Abstand bevölkerungsreichsten Land der arabischen Welt, Ägypten, herrscht das alte Regime mit einem neuen Frontmann noch drakonischer und noch willkürlicher als zuvor. Viele der damaligen Aktivisten sind im Gefängnis, andere geflohen oder verstummt.

### Was ging schief?

Musste es so kommen? Welche Lehren lassen sich aus den Entwicklungen ziehen? Julia Gerlach hat Aktivisten der Revolution, Islamisten, Politiker und ganz normale Menschen in der Region über Jahre begleitet und befragt. So gelingt ihr eine sehr persönliche und ungemein informative

Beschreibung der Ereignisse, die zum Scheitern der hoffnungsvollen Anfänge führten.

Man erlebt die Ereignisse beim Lesen erneut, kann sie aber mit dem Wissen und dem Hintergrund der Beteiligten sehen und verstehen. Durch den Blick zurück werden Zusammenhänge und Ereignisse plausibel, die während der Ereignisse zwar bekannt, aber wenig beachtet wurden.

### Inszeniertes Chaos sollte altes System wieder attraktiv machen

Zum Beispiel ließ die Polizei Tausende Kriminelle aus den Gefängnissen und zog sich gleichzeitig aus der Öffentlichkeit komplett zurück. Während es vor 2011 kaum Kriminalität am Nil gab, brachen durch die taktischen Maßnahmen des Regimes chaotische Zeiten an, bis sich die Bevölkerung schließlich die Polizei – das wichtigste Symbol des alten Regimes – wieder zurücksehnte.

### Kooperation von Islamisten und altem Regime

Julia Gerlach zeigt auch, dass der Machtgewinn des politischen Islams nicht nur auf die exzellente Organisation der Islamisten zurückzuführen ist. Die Islamisten arbeiteten mit dem alten Regime – ihrem früheren und jetzigen Hauptfeind – zusammen, um die demokratischen Kräfte und säkulare Strömungen zu bekämpfen.

Sie konnten dadurch vorübergehend das Präsidentenamt und erhebliche Macht erringen, bis das alte Regime sie mit neuen Gesichtern verdrängen konnte. Doch auch Vertreter des demokratischen Neuanfangs haben schwerwiegende Fehler begangen.

## Julia Gerlach Der verpasste Frühling

Woran die Arabellion gescheitert ist  
Ch. Links Verlag



*Julia Gerlach: Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist. Ch. Links Verlag, Taschenbuch, 248 Seiten, 23 s/w Abbildungen, ISBN: 978-3-86153-868-4, erschienen: Mai 2016, Preis: 18,00 Euro*

Das Buch erhellt das Zusammenspiel der rivalisierenden Strömungen und Faktoren. Es schafft damit ein sehr nützliches Fundament für den Blick in die Zukunft.

### Zur Autorin

Julia Gerlach, Jahrgang 1969, studierte Politik- und Islamwissenschaften. Sie arbeitet als Journalistin für das heute-Journal des ZDF, Die Zeit, Berliner Zeitung u. a.. Von 2009 bis 2015 berichtete sie als Korrespondentin für mehrere deutsche Tageszeitungen aus Kairo über die Nahost-Region.

人权之友

**INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE · IGF · WM**

**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN  
GEHÖREN IN CHINA ZUM ALLTAG**

WIE SIE HELFEN KÖNNEN, ERFAHREN SIE UNTER [WWW.IGFM.DE](http://WWW.IGFM.DE)



**SEHEN, WAS DIE WELT NICHT SEHEN SOLL.**

Letztes Jahr gab es in China mehr Hinrichtungen als im Rest der Welt zusammen. Jedoch werden genaue Zahlen als Staatsgeheimnis behandelt. Helfen Sie uns im Kampf gegen die Todesstrafe. [www.igfm.de](http://www.igfm.de)

